Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatl. 6 M durch Boten bezogen monatlich 6.75 M; bei Postbezug monatlich 7 M. frei Haus. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 30 Pf. Postscheckkonto Leipzig 16654. Geschäftsstelle Hälterstr. 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der 8gesp. Millim. Satzraum 35 Pf und der 3gesp. Millim. Reklamezeum M 1.50. Die laufende Monatsquittung wird vom Bezieher auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Kiffergebühr 50 Pf., Porto besonders. Norm. Anzeigenschluß 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

Nr. 239. Dienstag, den 11. Oktober 1921. 161. Jahrgang.

Die Erfüllung.

Drohende Wolken stehen am Himmel der „Regierung der Erfüllung". Reichskanzler Wirth ist plötzlich aus seinem „Urlaub" nach Berlin zurückgekehrt und der deutsche Gesandte in London Sthamer plötzlich zur Berichterstattung ins Auswärtige Amt berufen worden. Seine alarmierenden Mitteilungen haben einen sofortigen Zusammentritt des Kabinetts gestern Abend zur Folge gehabt. Die gefaßten Beschlüsse blieben wie gewöhnlich im Dunkeln. Daß man sich keinen Rat weiß und vor dem furchtbaren Scheitern eines unseligen und weltfremden Optimismus steht, braucht das Volk einstweilen nicht zu wissen, das erfährts noch immer früh genug. Die Geheimdiplomatie ist ja bekanntlich abgeschafft und wir leben in einem ideal-demokratischen Staate.

Was ist geschehen?

Der „Vorwärts" ist infolge der für Deutschland ungünstig lautenden Nachrichten aus Genf um das Schicksal des Kabinetts Wirth äußerst besorgt. Das Blatt schreibt: Die Sozialdemokratie steht in Verteidigungsstellung zum Schutze des Kabinetts Wirth und seiner bisherigen Politik. Sie ist von vorn angegriffen von den Nationalisten Deutschlands und sie ist im Rücken bedroht durch die Entscheidung über Oberschlesien. Ob sie imstande sein wird, ihre Stellung zu behaupten, das wird von der Entscheidung über Oberschlesien abhängen. Fällt diese so ungünstig aus wie hier befürchtet wird, so werden wir deshalb noch nicht die Flinte ins Korn werfen, aber wir dürfen uns auch nicht verhehlen, daß dann die Zukunft sehr dunkel vor uns liegt.

Also der Optimismus des Kabinetts Wirth steht vor dem völligen Bankrott. Seine Voraussage, der gute Wille Deutschlands zur Erfüllung des Ultimatums werde sofort alle feindseligen Maßnahmen der Entente und namentlich Frankreichs rückgängig machen und uns Oberschlesien retten, ist elend zuschanden geworden. Trotz des Ruins der Markvaluta durch die Erfüllung der ersten Goldzahlungsrate, trotz der Niederknüttelung der Ordnungszelle Bayern wurden zwar die wirtschaftlichen Sanktionen — wenn auch reichlich spät — aufgehoben. Aber die militärischen bestehen fort.

Das schwerste Unheil aber schwebt über Oberschlesien. Der Völkerbund erweist sich immer mehr als Kommis des Obersten Rats und gehorsamer Knecht Frankreichs. An eine einheitliche Zuteilung an Deutschland nach dem einwandfreien Ergebnis der Abstimmung ist mehr als je ausgeschlossen. Es droht uns ein schwerer Verlust und anscheinend soll der wichtigste und wertvollste Teil Oberschlesiens, das Königshütter und Kattowitzer Kohlenrevier Polen in den Rachen geschoben werden.

Und England? Ja England wird seine Interessen dabei schon zu wahren wissen. Das Wiesbadener Abkommen ist offenbar ein Gegenstand schwersten Mißtrauens in London. Der Berliner Mitarbeiter der „Westminster Gazette" schreibt darüber sehr diplomatisch:

Die Lage sei einfach die, daß Deutschland nicht in bar bezahlen könne. Frankreich habe daher mit Deutschland vereinbart, daß es in Waren zahlen solle. Deutschland bezahle in Waren nicht an die Alliierten allgemein, sondern nur an Frankreich. Die Solidarität der Alliierten, die die Erfüllung des Friedensvertrages fordern, sei aufgegeben. Der Versailler Vertrag sei gerichtet. Frankreich handle außerhalb des Obersten Rates, außerhalb der Reparationskommission. Diese Kommission müsse ihr eigenes Todesurteil genehmigen. Jedermann weiß jetzt, daß die Bemühungen Deutschlands, das Geld aufzubringen, um die Alliierten in annehmbaren ausländischen Devisen zu bezahlen, die in deutscher Mark angekauft werden müßten, verhängnisvoll waren. Die Mark fiel und mit der Mark der Frank. Allgemein werde eingesehen, daß diese Zahlungen unmöglich fortdauern können. Die anderen Alliierten, insbesondere England, können deutsche Waren nicht nehmen. Englands besserer Teil sei, die hoffnungslose Schuldeintreibung aufzugeben zugunsten einer Politik der Wiederherstellung des Handels in Europa. Das Londoner Abkommen verschwinde nach und nach. Die gesamte europäische Politik werde jetzt in neue Kanäle geleitet. Das Wiesbadener Abkommen bedeute, daß das Londoner Abkommen preisgegeben werde, und daß England nach sieben Jahren keine weiteren deutschen Zahlungen erwarten könne. Englands verwüstete Gebiete seien die verlorenen ausländischen Märkte.

Also ein Deutschland, das nicht bar bezahlen kann, scheidet für England, das selbst an Absatzstockung seiner Waren leidet, aus seinem Interessenkreis aus, damit erhält Frankreich in Oberschlesien bis zu einem gewissen Grade freie Hand und in Wiesbaden ist Deutschland doppelt an Frankreich verkauft worden. Der Jubel der französischen Presse ist daher nur zu gut zu verstehen. Der Zusammenbruch der Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth aber ist so ungeheuer, daß das deutsche Volk es an seinem eigenen Leibe furchtbar zu spüren bekommen wird, welchen Geistern es sein Schicksal leichtherzig anvertraut hat.

Vor der oberschlesischen Schicksalswende.

Um Kattowitz und Königshütte.

Zu den gestrigen Enthüllungen des „Newyork Herald" über die Vorgänge in Genf schreibt die rechtsstehende „Libre Parole": Die Meinungsverschiedenheiten erstrecken sich auf zwei Punkte, zunächst auf die

Zuteilung von Kattowitz und Königshütte an Polen

und dann auf die Einsetzung einer internationalen Kommission für die wirtschaftliche Kontrolle, die unzweifelhaft eine der barockesten Schöpfungen wäre, die die neue Diplomatie zur Welt brachte. Ihre Vaterschaft werde dem Belgier Hymans zugeschrieben. Sie wäre das würdige Gegenstück zu der unwahrscheinlichen Kombination von Wilna.

Der „Temps" teilt mit, die vier Mitglieder des Völkerbundsrates, die mit der Vorlegung des Berichtes über die Teilung Oberschlesiens beauftragt seien, würden ihre Arbeit ununterbrochen fortsetzen. Indessen habe ein völliges Einvernehmen unter den vier Mitgliedern nicht erzielt werden können. Die Vorlegung des von den vier Mitgliedern ausgearbeiteten Entwurfes im Völkerbundsrate hätte gestern vormittag stattfinden sollen. Sie sei

auf Mittwoch verschoben

worden. Der Völkerbundrat habe sich also noch nicht mit Oberschlesien beschäftigt. Er werde am Mittwoch unter dem Vorsitz des Vicomte Ishii zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten, um von dem Ergebnis der Beratungen der Viererkommission Kenntnis zu nehmen. Am gleichen Abend werde er sich über die dem Obersten Rat zwecks Teilung Oberschlesiens „zu empfehlenden Lösung" einigen.

Angriffsgefahr in Oberschlesien.

Von Tag zu Tag mehren sich die Anzeichen in Oberschlesien, daß man

vor einem neuen polnischen Putsch

steht. Wie unser Berliner Vertreter erfährt, bringen seit Freitag alle Blätter, die im Sinne Korfantys arbeiten, übereinstimmend die Nachricht, daß Deutschland einen neuen Putsch beabsichtigt. Bisher sind die Pressesignale Korfantys stets eine Ankündigung für die kommenden Putsche in Oberschlesien gewesen. Truppenverschiebungen in den letzten Tagen scheinen diese Meldung zu bestätigen.

Am Sonnabend trafen in Beuthen 70 deutsche Männer aus Friedenshütte ein, die durch Bedrohung seitens der Polen zur Flucht genötigt waren. Auch aus Lipine und anderen Orten kamen deutsche Flüchtlinge nach Beuthen.

Sthamer in dringender Mission in Berlin.

Der deutsche Botschafter in London Sthamer weilte am Sonntag in dringender Mission in Berlin. Der Außenminister Dr. Rosen hatte ihn wegen der beunruhigenden Nachrichten über

eine für Deutschland ungünstige Entscheidung über Oberschlesien

telegraphisch nach Berlin gebeten. Unmittelbar nach der Konferenz begab sich Sthamer wieder nach London zurück. Man wird nicht fehlgehen, wenn man mit dieser Tatsache die Nachricht in Verbindung bringt, daß der Reichskanzler seinen Urlaub nach Süddeutschland abgebrochen hat und gestern abend nach Berlin zurückgekehrt ist. Da Dr. Wirth erst Sonntag noch im Katholischen Arbeiterverein zu Offenburg seine ernste Besorgnis um das Schicksal Oberschlesiens zum Aus-

Zum Wiesbadener Abkommen.

Die letzte Ausgabe der Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrbezirk bringt einen Aufsatz zum Wiesbadener Wiederaufbauabkommen aus der Feder des Reichstagsabgeordneten Dr. Reichert, dem wir folgendes entnehmen:

Der Grundgedanke Rathenaus läuft darauf hinaus, die uns von der Entente zugemuteten Goldleistungen in Sachleistungen umzuwandeln. Hiermit wird bezweckt, die unerträgliche Last der Devisenaufbringung zu erleichtern, die Markvalutaentwicklung zu bremsen, und ferner die Beschäftigung von Industrie und Gewerbe zu erhalten und zu heben. Diesem Grundgedanken kann man zustimmen.

Allein es ist festzustellen, daß in der Ausführung dieses richtigen Gedankens Dr. Rathenau auf halben Wege, ja schon nach den ersten Schritten, die ihn zu dem Ziele hinführen sollen, stehen geblieben ist. Der Grundgedanke ist aufgestellt, aber nicht durchgeführt worden. Darin besteht die fehlerhafte Politik Rathenaus.

Die Reparationslast beträgt jährlich 2 Milliarden Gold in fester Leistung und ferner 26 Proz. der Ausfuhrwerte, so daß mit über 3 Milliarden Gold zu rechnen ist. Daran hat Frankreich einen Anspruch von 52 Proz., also etwa von 1,6 Milliarden. Allein selbst wenn wir 1,6 Milliarden voll in Waren liefern würden, soll uns nach dem Wiesbadener Abkommen davon nur ein kleiner Bruchteil gutgeschrieben werden. Der Schuldner Deutschland zahlt also Schulden, ohne daß er dafür sofort erkannt wird. Allerdings ist vorgesehen, daß die auf insgesamt 7 Goldmilliarden angenommenen Leistungen allmählich im Verlauf von vielen Jahren uns gutgeschrieben werden sollen. Bis zu dieser Anerkennung unserer Leistungen soll uns Frankreich nur 5 Proz. Zinsen gutschreiben. Damit wird, wie Rathenau sich ausgedrückt hat, „Deutschland der Bankier Frankreichs". Rathenau fügte hinzu, daß diese Vorleistungen von Frankreich verlangt werden, damit es nicht in eine weitere Inflation gerate, wenn es vom Schuldner Deutschland mehr und schneller Waren bezöge, als es eigentlich dem Londoner Ultimatum entspricht. Die Verlegenheit zur erhöhten Banknotenausgabe soll Frankreich also erspart werden. Es ist auffällig, daß im Wiesbadener Abkommen größere Rücksicht auf die Inflationsgefahr Frankreichs als auf die Deutschlands, also größere Rücksicht auf das besser situierte Frankreich als auf das immer mehr verarmende Deutschland genommen wird. Denn wir müssen ja bei unseren Feinden die größten Kredite aufnehmen, um denselben Ländern gegenüber die verlangten Reparationen leisten zu können.

Zugleich aber wird ein neuer Grundsatz für die Beziehungen zwischen Gläubiger- und Schuldnerland wie für die Behandlung der Reparationsfrage überhaupt aufgenommen. Es würde im Privatleben nicht nur gegen Recht und Billigkeit, sondern gegen Treu und Glauben, also gegen die Geschäftsmoral verstoßen, wenn Leistungen, die der Schuldner seinen Gläubigern macht, nicht sofort voll und ganz anerkannt werden.

Zum Schluß muß man feststellen, daß die Preisfrage im Wiesbadener Abkommen nur theoretisch gelöst ist. Man kann wohl behaupten, auf wissenschaftlichem Wege zu einem richtigen Index und damit zu einer nachträglichen Preisregelung zu kommen, wobei der Preisstand in Frankreich für deutsche Lieferungen maßgebend sein soll. Allein bei dieser nachträglichen Preisregelung wird das Risiko, das für die deutschen Lieferanten an sich schon viel höher als in früheren Zeiten ist, in einer geradezu gefahrbringenden Weise erhöht. Das Erfordernis rechtzeitiger Kalkulation verlangt, daß man bereits bei der Bestellung weiß, was man für die Ware erzielt. Ergeben sich in dieser Beziehung Störungen zwischen dem deutschen Lieferanten und der deutschen Organisation, wie mit dem Wiederaufbauministerium, dann entsteht eine neue ständig fließende Quelle von Beschwerden und Klagen, welche das deutsch-französische Abkommen in unerträglicher Weise belasten müssen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211011-13/fragment/page=0001

druck gebracht hat, ist seine vorzeitige Rückkehr wohl mit der bevorstehenden Verkündung der Entscheidung zu begründen.

Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten wird am Mittwoch zusammentreten, um über die oberschlesische Frage zu beraten.

„Unteilbar wie das Werk einer Uhr."

Das Parlamentsmitglied Mc. Kennworthy schreibt in einem Brief an die „Times", es scheine, die Gefahr zu bestehen, daß die britische öffentliche Meinung, beschäftigt mit den irischen Verhandlungen, mit Washington und der Arbeitskonferenz in ihrem Interesse für die ebenso wichtige oberschlesische Frage nachlasse. Das oberschlesische Problem sei jedoch heute ebenso wichtig wie jedes andere Problem. — Denn von der wichtigen Lösung der oberschlesischen Frage hänge die wirtschaftliche Lage Europas ab und damit verknüpfe sich die Hoffnung auf ein Wiederaufleben des englischen Handels.

Es gehe das Gerücht, daß Oberschlesien jetzt doch geteilt werden solle und daß eine politische und eine wirtschaftliche Grenzlinie gezogen werden soll. Nichts sei weniger durchführbar. Jede Teilung Oberschlesiens würde ein wirtschaftliches Verbrechen sein nicht nur gegen die Provinz selbst und gegen Deutschland, sondern auch gegen Polen und das übrige Mitteleuropa. Oberschlesien sei der höchstentwickelte Industriebezirk Europas und sei unteilbar wie das Werk einer Uhr. Die Mehrzahl der Bevölkerung sei gegen die Teilung. Sie wisse, daß sie den Ruin bedeuten würde. Die ganze Welt wisse, daß, wenn die Abstimmung eine polnische Mehrheit ergab, die gesamte Provinz an Polen gegeben worden wäre. Kennworthy schließt sein Schreiben mit den Worten: Die Welt braucht den Frieden und Produktion, aber sie braucht auch noch mehr, nämlich den wirklichen Völkerbund. Wenn man dem Völkerbund gestattet, in der oberschlesischen Frage einen Narren aus sich zu machen, würde er ebenso in Mißkredit kommen wie der Oberste Rat.

Für die wirtschaftliche Solidarität der Welt.

Die vom Reichskanzler Dr. Wirth in seiner Offenburger Rede zum Ausdruck gebrachte Hoffnung auf eine nicht allzuferne Konferenz zur Erörterung der drohenden Weltkrise wird von den Londoner Abendblättern zu hervorragender Stelle gebracht, neben den Worten Briands, daß die Großindustriellen und Staatsmänner der gesamten Welt vielleicht bald die Notwendigkeit einer Solidarität untereinander empfinden würden im Interesse eines jeden Landes, damit die Aufmerksamkeit der Welt auf die Notwendigkeit einer Regelung der Lage gerichtet werde, in die niemals Gleichgewicht gebracht werden könne, wenn nicht in der gesamten Welt Solidarität herrsche.

Der Vorsitzende der Handelskammer von Manchester erklärte, keine andere große Nation sei von ihrem Auslandshandel abhängig wie Großbritanien. Zu dessen Ausbreitung sei der Friede in der Welt und in der Welt und in der Industrie notwendig. England müsse auf die Streichung der Kriegsschulden unter den Alliierten dringen, die die wirtschaftliche Widerherstellung der Welt behindern.

* * *

„Wiesbaden" — keine grundlegende Besserung.

Stresemann über Koalition und Wiesbaden.

Auf dem niederrheinischen Parteitage der Deutschen Volkspartei in Wesel erklärte Abg. Dr. Stresemann in bezug auf die Regierungsumbildung: Weder habe man der Deutschen Volkspartei zugemutet, ihrerseits grundsätzliche Erklärungen zur Eintritt in die Regierung abzugeben, noch habe die Deutsche Volkspartei das von anderen Parteien verlangt. Die Aufgabe der Parteivertreter sei gewesen, ein sachliches Programm aufzustellen, auf das die breite Koalition sich aufbauen könnte. Das sei zum größten Teil gelungen, und namentlich innerhalb der bürgerlichen Koalitionsparteien bestehe eine weitgehende, wenn nicht völlige Uebereinstimmung über die einzuschlagenden Wege. Dagegen sei in der Frage der Aufbringung der finanziellen Mittel noch eine Differenz der Anschauungen mit der Sozialdemokratie, die aber nicht unlösbar erscheine. Die Sozialdemokratie habe anscheinend mit Schwierigkeiten im eigenen Lager zu kämpfen, da sich eine starke Opposition gegen den Görlitzer Beschluß geltend mache. Der Gedanke der breiten Koalition sei aber so unbedingt der Ausfluß politischer Notwendigkeit, daß er sich durchsetzen werde.

Der Grundgedanke des Wiesbadener Abkommens, die Devisenleistungen durch Sachleistungen zu ersetzen, sei deshalb zu begrüßen, bringe aber keine grundlegende Besserung, weil uns diese Sachleistungen nur zu 35 v. H. angerechnet würden und wir in der jetzigen finanziellen Lage noch der Bankier Frankreichs werden müßten. Es müßte eine Stabilisierung der Mark erfolgen, um die Jahresleistungen im Verhältnis zu Deutschlands wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu bringen.

Zur Aufbringung der Devisen.

Die Frage der Aufbringung von Devisen und Auslandskrediten für das Reich, die für die Kabinettsumbildung von größter Bedeutung ist, soll in dieser Woche ihrer Entscheidung zugeführt werden.

Am Montag nachmittag traten führende Männer der Landwirtschaft zu einer internen Besprechung zusammen. Dagegen sind die Besprechungen, die zwischen der Regierung und den Vertretern der Industrie, des Handels, der Banken usw. über die Frage der Devisenbeschaffung für den Montag vorgesehen waren, vorläufig verschoben worden, da die Besprechungen innerhalb der einzelnen Gruppen noch nicht abgeschlossen sind. Es ist damit zu rechnen, daß erst in den Besprechungen der Regierung mit den Vertretern der Industrie usw. der Plan der privaten Devisenbeschaffung eine bestimmte Form erhalten wird.

Verteuerung der Briketts am 1. November.

In der gestrigen Mitgliederversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats berichtete der Vorstand von Verhandlungen, die in den letzten Tagen in Berlin aufgelegen worden sind namentlich im Hinblick auf die Heraufsetzung der Kohlensteuererhöhung. Der Antrag, außer den bereits berücksichtigten Lohnposten auch die gestiegenen Material- und sonstigen Kosten durch Preiserhöhung auszugleichen, wird erst ab 1. Dezember d. J. wirksam. Lediglich für Briketts tritt mit Rücksicht auf die Steigerung der Bindemittelpreise bereits zum 1. November eine entsprechende Erhöhung ein.

Das Braunschweiger Zeitungsverbot bestätigt.

Das Verbot der „Braunschweiger Neuesten Nachrichten" hat der Beschwerdeausschuß des Reichsrates in seiner gestrigen Sitzung bestätigt.

Der Ertrag der Rheinzollgrenze.

Die „Morningpost" meldet aus Paris, daß die aufgehobene Rheinzollgrenze dem Reparationskonto fast 1,5 Milliarden Mark (Gold- oder Papiermark?? — D. Schriftltg.) zur Gutschrift zugeführt hat.

Mißstimmung über Briands Rede.

Die gestrige Rede Briands wird von der Presse merkwürdig kühl aufgenommen. Namentlich der Abschnitt der Rede, in dem Briand über die Haltung der deutschen Regierung spricht, wird von den Blättern und ihren Kommentaren einfach mit Stillschweigen übergangen. Die kategorische Erklärung Briands, daß Deutschland loyal und pünktlich die Verpflichtungen des Ultimatums erfüllt habe, namentlich der kapidare Satz: „Die angeordneten Entwaffnungen sind durchgeführt", mußten natürlich wie eine kalte Dusche auf die meisten Blätter wirken, denen ja dadurch das beliebte Hetzthema entzogen wird.

Japan in der Schantungfrage zurückhaltend

In einem Kabinettsrat in Tokio wurde beschlossen, daß Japan die Note Chinas bezüglich Schantungs nicht herabwerten werde. Japan sei entschlossen, die Frage fallen zu lassen und den Statusquo beizubehalten, bis China die Wiedererörterung der Frage beantragt.

Die Sowjetregierung dementiert die Ermordung Joffes.

Die Sowjetregierung dementiert kategorisch die Meldung von der Ermordung Joffes. Nach ihrer Angabe befinde sich dieser in besonderem Auftrage in Turkestan, wo er die politische und wirtschaftliche Lage Mittelasiens untersuchen und der Sowjetregierung einen besonderen Bericht erstatten soll.

Aus Stadt und Umgebung

Verein der Ostmärker.

* In der am 10. Oktober abgehaltenen Monatsversammlung teilte der Vorsitzende mit, daß der Deutsche Ostbund eine Abteilung für Grundstücksvermittlung eingerichtet habe, um zu verhindern, daß Ostmärkische Abwanderer Agenten in die Hände fallen, die zum Teil nur sich Provision zahlen lassen, ohne etwas dafür zu leisten. Die Vermittlungsstelle des Ostbundes befindet sich Berlin SW. 68, Zimmerstraße 87, und vermittelt im Interesse ostmärkischer Flüchtlinge den Verkauf von landwirtschaftlichen Grundstücken, Häusern und Geschäften für Verkäufer provisions- und kostenfrei.

Weiter wurde mitgeteilt, daß sich in Frankfurt a. O., Berlinerstraße 12—14 eine Ostmärkische Spar- und Darlehnskasse gegründet habe, die ostmärkischen Abwanderern zu mäßigen Bedingungen Gelder leihe. Alsdann teilte der Vorsitzende mit, daß ein Deutscher Vermittlungsdienst für Privatversicherungen in Magdeburg mit dem Ostbund in Verbindung getreten sei und Mitgliedern des Ostbundes und seiner Ortsgruppen in allen Versicherungszweigen günstige Bedingungen gebe und Auskünfte hierin kostenlos erteile. Aus der Zeitschrift „Ostland", deren Bezug nur immer wieder empfohlen werden kann (Postbezug vierteljährlich nur 5 M) wurden einige Ostmärker berührende Mitteilungen verlesen, insbesondere daß nach den Ansichten des polnischen Woiwoden Celichowski die Stadt Bromberg noch nicht genügende Fortschritte in der Polonisierung gemacht habe. Im Interesse der ärmeren Mitglieder des Vereins wurde der Vorsitzende ersucht, vorstellig zu werden, daß auch diesen Vereinsmitgliedern Kartoffeln zu dem vom Landbunde bekanntgegebenen billigeren Preisen zur Verfügung gestellt werden. Es wurde darüber Klage geführt, daß es nicht nur nicht möglich sei Kartoffeln zu diesen billigeren Preisen von der Landbevölkerung zu erhalten, sondern nicht einmal zu den augenblicklich auf dem Markte geltenden. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß das Verdrängtenschadensgesetz zwar angenommen und veröffentlicht sei, daß aber die Ausführungsbestimmungen und die sog. Richtlinien noch nicht herausgegeben seien und daß infolgedessen Schadensanträge, die sich nicht auf Sachschäden beziehen, zur Zeit noch nicht weitergegeben werden können. Weitergegeben können zur Zeit nur werden, Sachschädenanträge, die nach wie vor von den sog. Feststellungsausschüssen erledigt werden. Der Vorsitzende hat darum, daß diejenigen, die Sachschädenanträge weitergereicht wünschen, ihm dies alsbald mitteilen möchten. Der Vorsitzende wurde ermächtigt an der im November in Aussich genommenen Reichstagung des Deutschen Ostbundes und seiner Ortsgruppen als Vertreter der hiesigen Ortsgruppe teilzunehmen. Zum Schluß wurde beschlossen, im Januar 1922 eine einfache Feier im internen Kreise zur Erinnerung an die verspätete Gründung abzuhalten. Mit der Ausgestaltung wurde ein Ausschuß betraut. Näheres darüber wird allen Mitgliedern später bekannt gegeben werden.

Beamtenhochschulkurse (V. H. K.) des Ortskartells Merseburg (Deutscher Beamtenbund.)

* Bei genügender Beteiligung beginnen Ende d. M. in der Aula des Lyzeums (3. Stock links, Eingang Schulstraße) die V. H. K. Oktober-Dezember. Es werden folgende Vorlesungen gehalten:

1. Gerhart Hauptmann und der Naturalismus. Vortragender: Dr. Edgar Groß, Oberspielleiter am Stadttheater zu Halle. Jeden Montag, Beginn: 31. 10. (8 St.)
2. Das neue Verfassungsrecht im Reich und Preußen unter besonderer Berücksichtigung beamtenrechtlicher Fragen. Vortragender: Geheimer Reg. Rat Schwanert-Merseburg. Jeden Dienstag. Beginn: 1. 11. (10 St.)
3. Wirtschafts- und Staatsideale in Vergangenheit und Gegenwart. Dozent: Universitätsprofessor Dr. Foergens-Halle. Jeden Donnerstag. Beginn: 3. 11. (10 St.)
4. Der Mensch ein Zellenstaat. Entwickelungstheorie nach Darwin: Entwickelung des Menschen, die verschiedenen Zellen des menschlichen Körpers: die Gefahren, die das Leben dem Zellbestande bringt: die wichtigsten Erkrankungen mit Berücksichtigung der einzelnen Berufe: die Mäßlichkeit, den Gefahren zu begegnen.

In gemeinverständlicher Form in Verknüpfung mit philosophischen Betrachtungen des gesamten Stoffes. Vortragender: Kreisarzt Dr. Kühnlein-Merseburg. Jeden Freitag. Beginn: 4. 11. (10 Std.) — Preis pro Hörerstunde 1.50 M.

Junges Mädchen vermißt.

* Seit Dienstag vergangener Woche ist ein junges Mädchen, welches bei einem Landwirt in Meuschau bedienstet war, spurlos verschwunden. Seitens der Dienstherrschaft wird dem Mädchen ein gutes Zeugnis gegeben. Es wird angenommen, daß sich das Mädchen ein Leid angetan hat, denn es besitzt keine Eltern. Die verbreitete Nachricht, es habe sich in der Saale ertränkt, ist bisher noch nicht bestätigt.

Selbstmord.

* In der Nacht von Sonntag zu Montag erschoß sich ein junger Mann aus Corbetha bei Schkopau. Derselbe hatte mit einem in Merseburg bediensteten jungen Mädchen ein Verhältnis und geriet mit letzterem in Wortwechsel, wobei er auf dieses schoß. Glücklicherweise ging der Schuß fehl und das Mädchen blieb unverletzt, während sich darauf der junge Mann erschoß. Als Grund ist Eifersucht anzunehmen. Montag morgen wurde die Leiche von Passanten gefunden und geborgen.

Lichtbilder-Vortrag im Bildungsabend.

* Ueber die Kunst in Frankreich im 18. Jahrhundert sprach im 137. Bildungsabend Herr Mittelschullehrer Thielsen. Er ging aus von den großen Bauwerken des französischen Sonnenkönigs Ludwigs XIV. und zeigte, wie sich an dessen Regierung eine Zeit des Niederganges in Kunst und Leben der französischen Gesellschaft anreihte. Die Plastik des Jahrhunderts zeigt das Streben nach Pathos und Eleganz. In der Thomaskirche zu Straßburg befindet sich ein Denkmal für den Marschall Moritz von Sachsen. Die Form des Dreiecks hat der Bildhauer gewählt. Der Tod hat den an einer Pyramide herabsteigenden Marschall die letzte Ruhestätte bereitet; Herkules trauert um sein nahes Ende. Aber die übrigen Figuren machen die Empfindungen, welche der Künstler in das Grabmal hineinlegen wollte, unehrlich und unwahr. Anders die Rosse des Sonnengottes, die getränkt werden. Ein Werk der Bildhauerkunst ebenfalls in Straßburg, ein edles Beispiel großer Dekorationskunst. Die Malerei zeigt bald einen Zug ins Pikante ja Unsittliche. Reizvoll und anmutig, aber auch lüstern und oberflächlich wirkt Boucher in seinen mythologischen Bildern. Das Lieblingsthema ist der große Olymp; es entspricht ganz der Gesellschaft des Rokoko. Entkleidet sind die Frauengestalten bis auf — Diadem und Perlenschmuck. Der größte Meister der Zeit ist Watteau. Auch ihm ist das Lieblingsthema die Liebe. Aber sie ist ihm nichts Unrechtes. Deshalb mischt er Kinder unter Erwachsene. Amoretten zeigen den Weg zum Glück. Watteau, der in die Akademie der Künste aufgenommen wurde, brachte Sonne und Schönheit auf die Leinwand. Eine große Fülle von Phantasie belebt seine Bilder. Ein ganz entzückendes Stück ist „der Tanz". Aus einer späteren Zeit seines Lebens stammt ein Firmenschild für seinen Gönner Gersaint, einen Kunsthändler. Damals kam auch die Pastellmalerei auf. Große Maler des Pastells entgehen der Gefahr, süßlich zu werden. So sind die Bilder des Dauphins und der Mönchskopf frei von aller Weichlichkeit, zeigen vielmehr erfreuliche herbstarte Züge. Auch in der bürgerlichen Kunst hat sich ein Rest von gesundem, kräftigem Leben erhalten. Bemerkenswerter Weise hat man die Modetracht des Alters auch auf die Jugend angewendet. Am Ende des Jahrhunderts macht sich ein Hang zur Unwahrheit in der Kunst bemerkbar, man verhimmelt in sentimentaler Weise das Bauernthum. Reichhaltig ist das Gebiet der Mode und des gesellschaftlichen Lebens dieses Zeitabschnittes. Hiervon soll in einem späteren Lichtbildervabend die Rede sein.

Verhütung der Verschiebung von Getreide und Kartoffeln nach dem Auslande.

* Mit Rücksicht auf die in der jetzigen Jahreszeit bestehende auch schon in der Presse mehrfach betonte Gefahr der Verschiebung von Getreide und Kartoffeln über das besetzte Gebiet nach dem Auslande sind die betreffenden Dienststellen (Landratsämter) angewiesen, dem Verkehr mit Getreide und Kartoffeln nach dem besetzten Gebiet und den an dieses angrenzenden Orten (z. B. Mannheim) durch ihre Organe (Amtsvorsteher, Polizei) besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Am besten würde dies, da ja der Verkehr mit Getreide pp. an sich frei ist, dadurch geschehen, daß Gerüchte usw. über bevorstehende größere Verkäufe nach den westlichen Gebieten umgehend den betr. Landratsämtern zu berichten wären, die ihrerseits (unter Angabe der evtl. Verlade-Station) die Kontrollstelle unmittelbar benachrichtigen würden. Diese würde dann die Ueberwachungsabteilung für den Eisenbahndirektionsbezirk Halle zu erhöhter Aufmerksamkeit veranlassen, so daß die Bieststation der betr. Sendung mit Sicherheit festgestellt wird, desgleichen der Empfänger. Die Organe des Reichsbeauftragten bezw. die Wucherpolizei würden dann am Ziel die nötigen Feststellungen bezüglich ordnungsmäßiger Verwendung der Sendungen auf Aufforderung von hier aus vornehmen haben.

Wann wird die Ortsgesprächsgebühr von 25 Pf. berechnet und wann nicht?

* Nach der neuen Fernsprechordnung ist die Ortsgesprächsgebühr von 25 ₰ fällig, wenn der Anschluß des Anrufenden mit der verlangten Hauptstelle verbunden ist und diese oder eine daran angeschlossene Nebenstelle den Anruf beantwortet hat. Sofange sich der gewünschte Teilnehmer noch nicht gemeldet hat, wird die Gebühr also nicht berechnet. Ist der Teilnehmer an eine Hauszentrale angeschlossen, z. B. innerhalb eines großen Geschäftshauses, und antwortet er hier auf Anruf seitens seiner eigenen Zentrale nicht, so ist die Gesprächsgebühr fällig, weil die Verbindung des Fernsprechamtes mit der Zentrale mit Erfolg hergestellt worden war und die Zentrale in diesem Falle für das Fernsprechamt die Stelle des angerufenen Teilnehmers vertritt. Meldet sich ein angerufener Teilnehmer und stellt der anrufende fest, daß es sich um eine falsche Verbindung handelt, so muß er seinem Amte durch das sogenannte Flackerzeichen (dreimaliges langsames Niederdrücken der beweglichen Gabel bei Tischgebäuden oder des beweglichen Hakens bei Wandgebäuden) zu erkennen geben, daß etwas bei ihm nicht in Ordnung sei und der Beamtin den Sachverhalt zur Berichtigung der Gebührenliste mitteilen. Ebenso hat er sich bei Unterbrechungen oder sogenannten Doppelverbindungen zu verhalten. Die Behauptung, daß die Falschverbindungen, die übrigens zur Hälfte durch Versehen der anrufenden Teilnehmer selbst herbeigeführt werden, seit dem 1. Oktober erheblich zugenommen hätten, ist unzutreffend. Nach den bei den Fernsprechämtern dauernd geführten Kontrollen nehmen die Falschverbindungen im Gegenteil seit Benutzung der besonderen Zählenaussprache fortgesetzt ab. Auch die vorzeitigen Trennungen von Gesprächen werden weiter zurückgehen, weil das Fernsprechpersonal seit Einführung des Ortsgesprächstarifs mit größerer Ruhe arbeiten kann, indem viele überflüssige Gespräche (Plaudereien und dergleichen) jetzt weggefallen sind und die Beamtinnen deshalb die Verbindungen nicht mehr in so großer Hast wie unter der früheren Ueberlastung des Betriebes herzustellen brauchen. Die Anwendung des Flackerzeichens in den vorbezeichneten Fällen ist unvermeidlich, wenn sich der anrufende Teilnehmer vor einer Mehrrechnung von Gesprächsgebühren schützen will. Denn die Beamtin weiß von dem Bestehen einer Falsch- oder Doppelverbindung oder einer Unterbrechung nichts, weil sie wissentlich dies nicht herbeigeführt hat und sie in den Fällen, wo ihr der rufende Teilnehmer eine falsche Nummer nennt oder wo ein vorübergehender kleiner Fehler im Vielsachsystem des Amtes eine Doppelverbindung hervorruft, hierfür überhaupt nichts kann. Auch im Auslande, wo, wie in den Vereinigten Staaten von Amerika, in England und anderen Ländern, die mit dem Gesprächszähler seit Jahr und Tag arbeiten, dergleichen Zwischenfälle ebenso eintreten, ist der Teilnehmer genötigt, dasselbe Mittel anzuwenden, weil es eine andere technische Lösung nicht gibt. Die Ortsgesprächsgebühr wird nicht berechnet bei Verbindungen, die nicht zustandekommen, weil die angerufene Sprechstelle nicht antwortet oder besetzt ist. Sie wird auch nicht berechnet, wenn die Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211011-13/fragment/page=0002

bindung aus anderen Gründen (Betriebsstörung, Sperre, längere Abwesenheit des angerufenen Teilnehmers vom Ort) nicht hergestellt werden kann. Ebensowenig sind alle Anmeldungen von Ferngesprächen, sowie Gespräche der Teilnehmer mit Betriebsstellen des Amtes (Störungs-, Auskunfts-, Beschwerde- und Aufsichtsstelle) in Angelegenheiten des Fernsprechbetriebes nicht gebührenpflichtig.

Befristung und Streichung von Gesprächsanmeldungen im Fernverkehr.

* Bei der Anmeldung von Gesprächen ist jetzt eine „Befristung" zugelassen. Es kann also bei der Anmeldung mit angegeben werden, daß die Gültigkeit zu einem bestimmten Zeitpunkt vorzeitig erlöschen soll. Ein solcher Antrag wird kostenfrei ausgeführt. Dasselbe ist der Fall, wenn jemand, der ein Gespräch anmeldet, gleichzeitig mit angibt, daß die Gesprächsanmeldung zu streichen sei, wenn sie innerhalb eines bestimmten, in die Gültigkeitsdauer fallenden Zeitraums zur Ausführung an der Reihe wäre. Ein solcher Fall wird z. B. praktisch, wenn jemand bei der Anmeldung eines Gesprächs es bis 6 Uhr nachmittags befristet, dabei aber gleichzeitig mitteilt, daß er in der Zeit von 1—3 Uhr nicht zu Hause sei und daß deshalb, wenn das Gespräch innerhalb dieses Zeitraums zur Ausführung an der Reihe sein sollte, es gestrichen werden möchte. Kommt das Gespräch in Wirklichkeit in diesem Falle zwischen 1 und 3 Uhr nicht zur Ausführung an die Reihe, so sänkt die Befristung des Gespräches bis 6 Uhr weiter. Nicht angängig ist die Zurückstellung von Gesprächsanmeldungen auf bestimmte Zeiträume. Verlangt ein Teilnehmer, der ein Ferngespräch angemeldet hat, nachträglich dessen Streichung oder seine nachträgliche Befristung, oder ändert er nachträglich die Befristung, oder hebt er sie auf, so hat er hierfür eine Gebühr von 75 ₰ zu entrichten.

Aus Provinz und Reich

Der Dresdener Schnellzug in Bodenbach verunglückt.

† Bodenbach, 10. Okt. In der Station Bodenbach ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück. Ein Weichensteller hatte vergessen, vor dem Einfahren des Dresdener Schnellzuges in den Bodenbacher Bahnhof die Weiche richtig zu stellen, wodurch der Zug auf ein falsches Gleis kam und in eine Rangierabteilung hineinfuhr. Beim Zusammenpralle wurden mehrere Eisenbahnwagen zertrümmert. Sechs Personen wurden schwer verletzt. Die ganze Strecke ist mit Frachtgütern übersät, die über den Bahndamm bis auf die Straße hinuntergestürzt sind. Der Sachschaden wird auf etwa 1 Million tschechische Kronen geschätzt.

Die Deubener Bankräuber vor Gericht.

† Dresden, 11. Okt. Vor dem Dresdener Landgericht kam am Montag der Deubener Bankraub zur Verhandlung, wo etwa 220 000 M bei der Zweigstelle der Deutschen Bank geraubt wurden. In der Verhandlung ergab sich, daß die Angeklagten sämtlich Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands sind. Sie behaupten, daß sie die Tat aus politischen Gründen begangen hätten, um der KPD., der „durch die Vorgänge in Mitteldeutschland" große Ausgaben erwachsen sind, neue Mittel zuzuführen. Sie erklärten, daß sie selbst 100 000 M erhalten hätten, während der Rest des Geldes an die Zentralunterstützungskasse der KPD. gesandt worden ist. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu zwei bis vier Jahren Gefängnis.

Beendigung des Metallarbeiterstreiks in Ostsachsen.

† Dresden, 11. Okt. Die am Montag bis in die späten Abendstunden hinein vorgenommenen Abstimmungen der Arbeiterschaft ergaben eine Mehrzahl für die Aufhebung des Streikbeschlusses. Die noch ausstehenden einzelnen Bezirke können an diesem Ergebnis kaum noch etwas ändern. Von Arbeitgeberseite wurde daraufhin der Aussperrungsbeschluß aufgehoben, so daß die Wiederaufnahme der Arbeit am Dienstag, spätestens am Mittwoch, erfolgen wird.

Glückliches Anhalt!

† Dessau, 10. Okt. Der anhaltische Staat erzielte infolge günstiger Erträgnisse aus den fiskalischen Forsten im abgelaufenen Haushaltungsjahre eine Mehreinnahme von rund 25 Millionen Mark. Dazu kommt ein Barvorrat von über 4 Millionen Mark, so daß sich ein Ueberschuß von insgesamt rund 29 Millionen Mark für das Rechnungsjahr 1919/20 ergibt. Davon sind 26 Millionen der Ueberschußverwaltung überwiesen und 2,5 Millionen Mark als Betriebsvorschuß bereit gestellt worden.

Die Anklagen gegen die Hundertschaft „Z. b. V."

† Berlin, 11. Okt. Die Voruntersuchung gegen die Hundertschaft zur besonderen Verwendung hat zur Erhebung der Anklage gegen den Polizeirat Erwen und den Polizeiwachtmeister Morgener geführt. Sie werden beschuldigt, am 15. Juni dieses Jahres den Polizeioberwachtmeister Buchholz ermordet zu haben.

Der Streik der Gastwirtsangestellten.

† Berlin, 10. Okt. Der Berliner Kellnerstreik ist noch immer nicht zu Ende, und es ist zurzeit keinerlei Aussicht vorhanden, zu einer Verständigung zwischen Arbeitgebern u. Arbeitnehmern zu gelangen. Gestern kam es in verschiedenen Teilen der Stadt leider wieder zu groben Ausschreitungen streikender Kellner, die in Gartenlokale und andere Restaurants eindrangen und mit Gewalt die Stillegung der Betriebe herbeiführen wollten. Dabei ist es wieder zu Tätlichkeiten gekommen, die das Einschreiten der Polizei nötig machten.

Die vereinigten Arbeitgeberverbände im Gastwirtsgewerbe hielten hier gestern eine Vollversammlung ab, in der über eine Reihe neuer Terrorakte der streikenden Berliner Gastwirtsangestellten berichtet wurde. Man kam überein, jede Verhandlung mit den Streikenden abzulehnen, solange diese Gewaltakte andauern.

Das Urteil im Prozeß Hemberger.

† Berlin, 10. Okt. Im Mordprozeß Hemberger bejahten die Geschworenen bei Protze nur die Schuldfrage nach Totschlag, bei Frau Hemberger nur die Schuldfrage nach Begünstigung nach der Tat, Urkundenfälschung und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung. Bezüglich der Frau Weise wurde die Frage nach Begünstigung bejaht. Der Staatsanwalt beantragte gegen Protze 10 Jahre Zuchthaus, gegen Frau Hemberger 3½ Jahr Gefängnis und gegen die Angeklagte Frau Weise 3 Monat Gefängnis. Das Urteil lautete gegen Protze auf 5 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von 1 Jahr 4 Monat der erlittenen Untersuchungshaft, gegen Frau Hemberger auf 2½ Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 1 Jahr und 3 Monat Untersuchungshaft und gegen Frau Weise auf 1 Monat Gefängnis.

Letzte Depeschen

Teilung Oberschlesiens und „wirtschaftliche Einheit"

England widersetzt sich?

Paris, 11. Okt. Wie der „Petit Parisien" mitteilt, soll die Diskussion im Völkerbundrat in Genf erst in einem oder zwei Tagen beendet sein. Allem Anscheine nach kann man bestätigen, daß die Lösung, zu der man sich orientiert, darin besteht, Oberschlesien einschließlich des Industriegebietes gemäß dem arithmetischen Ergebnis dem Volksabstimmung zu teilen und provisorisch durch eine Spezialorganisation die wirtschaftliche Einheit des Landes aufrechtzuerhalten. Das Blatt behauptet, angeblich nach Berliner Nachrichten, England habe in Genf interveniert, um sich einer provisorischen Lösung zu widersetzen.

Sthamers Berliner Reise.

England wünscht eine Verbreiterung der Koalition nach rechts.

Berlin, 11. Okt. In der Besprechung der Reichsregierung mit dem Londoner Botschafter Sthamer ist auch die Wirkung einer Entscheidung der oberschlesischen Frage auf die innere Politik in England sowohl in Deutschland gestreift worden, und Senator Sthamer soll wiederum den Wunsch Englands nach einer Verbreiterung der deutschen Regierungskoalition nach rechts überbracht haben, namentlich mit Rücksicht auf deren wirtschaftliche Wirkung.

Die Berufung des deutschen Botschafters aus London, die der Außenminister von sich aus vorgenommen hatte, hat in den politischen Kreisen, die dem Kanzler persönlich nahe stehen, und bei den Sozialdemokraten verstimmt, besonders deshalb, weil die Rückreise Sthamers sofort nach seiner Besprechung mit Dr. Rosen erfolgte, ohne daß irgend jemand Gelegenheit hatte, mit ihm zu sprechen. In diesem Zusammenhange wurde die Frage des Rücktritts des deutschen Außenministers aufgeworfen.

London, 11. Okt. Die plötzliche Reise des deutschen Gesandten in London Sthamer nach Berlin hat in den hiesigen politischen Kreisen berechtigtes Aufsehen erregt. Man nimmt an, daß er nach seiner Rückkehr eine Unterredung im Auswärtigen Amt vielleicht sogar mit Lloyd George selbst haben wird.

Das Wiesbadener Abkommen vor der Reparationskommission.

Paris, 11. Okt. Das Wiesbadener Abkommen ist gestern von der französischen Regierung der Reparationskommission mitgeteilt worden. Die Kommission wird unverzüglich mit der Prüfung beginnen. Man glaubt, daß sie ihre Ansicht schon im Laufe der nächsten Woche bekanntgeben wird.

Zur Stabilisierung des Wechselkurses.

Manchester, 11. Okt. Die hiesige Handelskammer hat gestern eine Entschließung angenommen, in der die Regierung darauf hingewiesen wird, daß es von höchstem Werte wäre, die interalliierten Schulden (nur diese? D. Red.) zu annullieren oder zu prolongieren. Ferner heißt es in der Entschließung, diese Maßnahme würde das kräftigste Mittel bedeuten, um den chaotischen Zustand der ausländischen Wechselkurse, der in hohem Maße für den Stillstand des Handels und die Arbeitslosigkeit verantwortlich sei, zu verbessern.

Verhaftung eines ehemaligen deutschen Offiziers in Belgien.

Brüssel, 11. Okt. Die hiesige Polizei hat einen formals deutschen Offizier, der während der Besetzung des Landes einen Polizeiposten in Schaerbeek bei Brüssel kommandierte, und der unter falschem Namen für Rechnung einer großen Firma sich mit dem Import skandinavischer Zündhölzer nach Belgien befaßte, verhaftet.

Bergmannsglück.

† Teuchern, 10. Okt. Auf Grube „Altaröben" wurde der Häuer Jakob aus Teuchern durch niedergehende Kohlenmassen verschüttet und konnte nur als Leiche geborgen werden.

Zur Erhaltung der Köthener Fürstengruft.

† Köthen, 10. Okt. Die Särge der Fürstengruft in St. Jakob werden demnächst ausgebessert. In erster Linie sollen die Särge des Fürsten Ludwig und der Fürstin Gisela Agnes hergerichtet werden. Das herzogliche Haus hat zur Instandsetzung bis 3000 M angewiesen. Damit hat die Eingabe des hiesigen Geschichtsvereins an das Hofmarschallamt in Dessau seine Erledigung gefunden.

Großfeuer.

† Lanze (Kr. Lüchow), 10. Okt. Ein Großfeuer vernichtete hier 5 Wohnhäuser, 11 große Scheunen und 15 Ställe mit dem gesamten Inhalt an Erntevorräten, Vieh und landwirtschaftlichen Maschinen. Der Schaden ist zum großen Teile durch Versicherung gedeckt. Merkwürdigerweise liegen die Brandherde nicht unmittelbar nebeneinander, sondern in ziemlichen Abständen im Dorfe verstreut, zu beiden Seiten der breiten Dorfstraße. Aus der Umgegend waren 15 Feuerwehren zur Stelle und nahmen den Kampf mit dem Flammenmeer auf, das eine gewaltige Ausdehnung angenommen hatte. Nach 7stündiger Tätigkeit war die Hauptgefahr beseitigt. Bei den Löscharbeiten herrschte, wie so oft in den kleinen Orten, Wassermangel. Das gesamte Dorf bietet einen trostlosen Anblick.

Keine Schuld beim Oppauer Unglück zu ermitteln.

† Mannheim, 10. Okt. Die Staatsanwaltschaft in Frankenthal hat die Untersuchung wegen des Oppauer Unglücks eingestellt, da keine Schuld eines Unbekannten ermittelt werden konnte.

Vom Armenhäusler zum Millionär.

† Stettin, 10. Okt. Zum siebenfachen Millionär wurde ein alter Mann, der mehrere Jahre im Armenhause in Leba (Pommern) sein Dasein hatte fristen müssen. Von Verwandten aus Amerika erbte der Alte mehrere tausend Dollar, die bei unserer heutigen Valuta den Armenhäusler in einer Nacht zum mehrfachen Millionär machten.

Briefmarkenfälscher auf Reisen.

† Hamburg, 11. Okt. Zwei aus Chemnitz zugereiste junge Leute, der 20jährige Handlungsgehilfe Löser und der 23jährige Schlosser Schellenberg, versuchten in Hamburg gefälschte Briefmarken bei einem hiesigen Händler umzusetzen. Es handelt sich um die rote sächsische Dreipfennig-Marke, die einen Sammlerwert von 10 000 M besitzt. Die Stücke waren so vorzüglich nachgeahmt, daß der Händler sie anfangs für echt hielt. Erst nach genauester Prüfung erkannte er die Fälschung und ließ die jungen Leute verhaften. In ihrem Besitze befand sich noch eine größere Anzahl dieser Fälschungen. Schellenberg gab zu, auch in Berlin und Stettin solche Marken umgesetzt zu haben. Die Fälscherwerkstätte dürfte sich in Chemnitz befinden.

114 000 M geraubt.

† Beuthen, 10. Okt. Am Donnerstag in den späten Abendstunden wurden in der Schichtmeisterei Heinigarube 114 000 Mark geraubt. Der Raub war dadurch möglich, daß der Schichtmeister vor dem geöffneten Geldschrank infolge Herzschwäche zusammengebrochen war.

Verschiebung von Kartoffeln nach dem Ausland.

† Aachen, 10. Okt. Bekanntlich ist die diesjährige Kartoffelernte gerade im Rheinlande eine äußerst geringe. Schon in den letzten Jahren reichte die rheinische Kartoffelernte bei weitem nicht aus, die so starke Bevölkerung dieses Gebietes aus eigener Erzeugung zu versorgen. Umso ungeheuerlicher ist es, daß Schieberfirmen den niedrigen Stand der deutschen Valuta benutzen, um große Mengen Kartoffeln aus dem besetzten rheinischen Gebiet nach Frankreich und Belgien auszuführen. — Festgestellt ist, das jetzt von der hiesigen Firma Mond & Co., die 300 Tonnen Kartoffeln nach Belgien, und von der Firma Barz-Köln, die 250 Tonnen Kartoffeln nach Frankreich verschoben hat.

* * *

Rückkehr deutscher Kinder aus Schweden.

Stockholm, 10. Okt. Heute ist der letzte Rücktransport von deutschen und österreichischen Kriegskindern, etwa 500 an der Zahl, von hier abgegangen. Hiermit ist die schwedische Hilfstätigkeit für Kriegskinder beendigt.

Dampfer-Zusammenstoß und -Untergang.

† London, 10. Okt. Der Dampfer Rowan ist auf der Fahrt von Glasgow nach Dublin im Firth of Clyde bei dichtem Nebel nacheinander mit zwei Dampfern zusammengestoßen und untergegangen. Der Dampfer hatte 37 Mann Besatzung und 56 Fahrgäste an Bord. 13 Mann der Besatzung und der Fahrgäste werden vermißt.

Literarisches

Senff-Georgi „Das lustige Vortragsbuch" (Max Hasses Verlag, Berlin W. 15, Preis 19,50 M). Jedermann sehnt sich heute nach der Erholung in einer fröhlichen Gesellschaft. Er findet sich in dem mannigfachen Inhalt von Senff-Georgis lustigem Vortragsbuch. Der Inhalt ist nicht gleichwertig. Neben manchen Banalitäten finden sich Perlen besten Humors. Namen wie Rosegger, Baumbach, Löns, Paul Keller, Ewers, Dehmel, Moskowski bürgen für gute geistige Kost. Natürlich gehört zur Wirkung einer humorvollen Dichtung auch ein humorvoller Vortrag. Wer sich einer solchen Gabe erfreut wird in Senff-Georgis Buch reichen und dankbaren Stoff zur Betätigung finden. Für den Weihnachtstisch ist es jedenfalls eine wohl überall willkommene Gabe.

Volkswirtschaft — Handel — Verkehr.

Leipziger Malzfabrik in Schkeuditz.

Der auf den 11. November einberufenen Generalversammlung wird eine Dividende von 10 Prozent (i. V. 5 Proz.) vorgeschlagen werden.

Wettervoraussage

Mittwoch, den 12. Oktober.

Nebelig; trübes, tagsüber kühleres Wetter mit leichten Regenfällen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211011-13/fragment/page=0003

Familien-Nachrichten.

Geboren. 1 S. Klaus, Homöopath Grafé u. Fr. Lotte, geb. Batschis, Naumburg; 1 T. Pfarrer Göhlert und Frau Maria, geb. Fritz.

Verlobt. Hannchen Schlegel, Golzen m. Heino Peters, Oldenburg; Elsa Panse, Freyburg a. U. mit Erich Rauchbach, Naumburg a. S.

Vermählt. Wilhelm Jaeger m. Marie Schlegel, Naumburg a. S.; August Micklitz m. Helene Schäfer, Oberschmon; Otto Hertel mit Anna Simon, Lützen; Oswald Trost mit Ida Treibar.

Gestorben. Privatier Heinrich Gräf, 83 Jahr, Weißenfels; Frau Wilhelmine Apert, geborene Günther, Boran; Rudi Wonka, 5 1/2 J., Tagewerden; Gerda Huth, Weißenfels; Frau Meta Bohring, geb. Roak, 48 J., Naumburg a. S.; Frau Ida Ritter, geb. Bartscht, Naumbg. a. S.; Frl. Clara Warnack, 79 J., Naumburg a. S.; Bankleherling Emil Rausch, 18 J., Naumburg; Gärtner Hermann Schenk, 48 J., Gehlitz; Landw. Reinhold Pfeiffer, 65 J., St. Micheln.

Bei Husten, Heiserkeit helfen prompt **Dr. Bufiebs Hustentropfen.** Zu haben bei: Kurt Arzel, Adler-Drog.

Nach Fertigstellung meines Neubaues empfehle ich besonders preiswert:
Schlafzim.-Einrichtungen m. echt. Marmor u. Drellmatratzen von ℳ 2900 an.
Einzelne Bettstellen von „ 175 „
Kücheneinrichtungen von „ 950 „
Ein Posten Schreibtischsessel Eiche m. Kunstlederpolst. Stck. ℳ 200.
Speisezimmer, echt Eiche, gute Arbeit, äußs. preisw.
Gelegenheitskauf!
1 Büffet, Eiche, innen Mahagoni, 1,40 br., ℳ 2950.
Bequeme Zahlungsbedingungen, Transport auch nach außerhalb frei.
Hugo Lichtenfeld,
Ammendorf
Regensburgerstr. 12, Fernspr. 215.

Sie steigen die Preise für
Herren Garderobe
Kaufen Sie schnell
noch zu alten Preisen
Anzüge
von 265—750 Mk.
Ulster, Schlüpfer
Cut. m. Weste
Hosen
Gummimäntel konkurrenzlos billig!
Baumgärtel,
Leipzig, Königsplatz 9 1
n. Grassimuseum
Besichtigungen auch Sonntags
Bei Kauf vergüte Fahrgeld.

Achtung!
Korsetts-Leibchen und Büstenhalter werden aus mitgebrachten Stoffen sachgemäß modern u. preiswert angefertigt. Desgleichen gewaschen und ausgebessert. Auch Hohlsaum u. Kettenstichstickerei w. angefertigt.
Fr. Anna Schulze Domstr. 9
(im Schokoladengeschäft.)

Guten Nebenverdienst!
vergeb. wir für alle Bezirke 900-1500 ℳ monatl. ohne persönl. Hervortret., nur d. stille Mitarb. v. Schreibtisch aus. Offert. u. 968 a. d. Annonc.-Ex. **Hans Vogt,** Stettin Postfach 22.

Metallbetten
Stahlmatratzen, Kinderbetten direkt an Private, Katalog 59 E frei. Eisenmöbelfabrik **Suhl** (Thür.)

Unsere Geschäfte bleiben feiertagshalber
Mittwoch, den 12. Oktober
geschlossen.
Neumarkt 16 **H. Taitza** Markt 19
G. Hoffmann, Markt 19.

Porzellan
Kristall Steingut
Metall- u. Marmorwaren
für Bedarf für Luxus
Brautausstattungen
„Weck"
Einkochapparate - Gläser
Grosse Auswahl.
Erste Fabrikate.
Louis **Böker**
Tel. 6688 **Halle S.,** Leipzigerstr. 7
Spezialgeschäft.

„Rheingold" Tel. 202
Inh.: Hugo Richter
Im Kaffee sowie Diele: **Täglich Konzert**
Im Speise-Restaurant:
Gute Speisen und Getränke.
Vereinszimmer noch frei.

Ratskeller Merseburg
Jeden Mittwoch und Sonntag:
Erstklassiges
Künstler-Konzert.
Für Monat Oktober Solisten von der Görlach-Kapelle verpflichtet. Dir. Herr Görlach jun.
Eintritt frei! **Otto Kießler.**

Pferdezuchtverband der Provinz Sachsen. — Letzte diesjährige Fohlen- u. Pferdeversteigerung
Donnerstag, d. 20. Okt. 1921, vormittags 10 Uhr in Bismark (Prov. Sachsen), Viehverkaufshalle.
Zum Verkauf gelangen **über 100 Pferde** kaltblütiger Schlages u. zwar: Fohlen im Alter von mindestens 13 Wochen an, Stuten in jedem Alter, soweit diese noch zur Zucht verwendbar sind u. Wallache im Alter bis zu 4 Jahren.
Der Verkauf der Tiere geschieht nur gegen Barzahlung. Von Banken bestätigte Schecks werden in Zahlung genommen. — Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle Halle a. S., Reitstraße 78.

Kummfenchel, Strohfenchel, Fenchelspreu,
kauft jeden Posten zu höchsten Tagespreisen
Max Kelling, Lützen
Telefon 20. Telefon 20.

Casino
Mittwoch, den 12. Oktbr.:
Der beliebte Mittwoch-Ball
Görlach-Orchester.

Arbeitsgemeinschaften der Bildungsabende.

1. Pädagogische Arbeitsgemeinschaft (Elternschule) des Oberlehrer Hempfrich
Mittwoch, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, im „Herzog Christian".
2. Arbeitsgemeinschaft des Kreisarztes Dr. Kühnlein:
„Der Mensch ein Zellenstaat".
Donnerstag, den 13. Oktbr., abds. 8 Uhr. — Ebenda. —
3. Arbeitsgemeinschaft für Kunstgeschichte Mittelschullehrer Thielsen
Freitag, den 14. Oktober abends 8 Uhr. — Ebenda. —

Die Leitung der Bildungsabende.

Beamtenhochschulkurse Merseburg
(Ortskartell Merseburg des D. B. B.)
Die Vorlesungen beginnen am 31. d. Mts. Alles nähere siehe unter Lokalnachrichten. Vorlesungsverzeichnisse und Anmeldung: Weiße Mauer 20 I, bei Steizer.

Suche möglichst zu sofort
Haus od. Villa
zu kaufen oder zu mieten.
Angebote unter 212/21 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Seifen — Parfümerien
Hautcreme — Zahnpasta
:—: Zahnbürsten :—:
empfiehlt
Ritter-Drogerie
Werner Mahlfeldt
Fernruf 215. Kl. Ritterstr. 9.

Zeitungs-Austräger
gesucht.
Merseburger Tageblatt.

Schürzen
Hausschürzen
Kleiderschürzen
Wirtschaftsschürzen
Trägerschürzen
Tändelschürzen
Zierschürzen
in weiß — bunt — schwarz — und beste Stoffe und gute Verarbeitung — — — sehr preiswert
Mädchen-Schul-Schürzen
in bunt — schwarz — weiß — reizende Neuheiten
Knaben-Spiel-Schürzen
— — — in reichhaltiger Auswahl — — —
Markt 19 **G. Hoffmann** Gegründet 1846
Mitglied d. Rab.-Spar-Vereins. Inh. Bernh. Taitza Telephon 464

Durch äußerst günstigen Einkauf infolge schnellen Abräumens der Weidebezirke Oldenburgs und Ostfrieslands empfehle ich ab Donnerstag, den 13. d. M.

60 Stück allerschwerste hochtrag. **Kühe**
und hochtragende Färsen, sowie allerbeste Milchkühe, Jungrinder und Zuchtbullen
in ganz hervorragender Qualität zu billigen Preisen.
Louis Nürnberger
Zuchtviehimport
Telefon 28 **Merseburg** am Bahnhof.

Billiges Seifenangebot!
Konkurrenzlos!
Seifenpulver Pfund 1,50 Mk.
Persil, Schwan, Steinbach, Goldperle
— — zu Originalpreisen. — —
Feinst. gekernte Schmierseife
Ia Oranienburger Kernseife
500 Gramm schwer, Riegel 7 Mk.
Toiletteseifen in großer Auswahl.
Otto Müller,
Tel. 348. Porbitz-Dürrenberg.

Winter-Aepfel und -Birnen
Spezialität:
Blenheimer Reinetten
feinster Tafel- und Kuchenapfel
sowie viele andere Wintersorten
verkauft
Max Schmidt
Dürrenberg-Keuschberg :: Wiesenstr. 14.
Telefon 341.
NB. Auf Wunsch frei Haus, Versand nach auswärts.

Ca. 25 Ztr. gute Speisekartoffeln
für Haushalt gesucht. Angebote aus Landwirtskreisen unter **„Kartoffeln"** an die Geschäftsstelle erbeten.

Stadttheater Halle.
Mittwoch, abends 6 1/2 Uhr **Siegfried.**
Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr **Die versunkene Glocke.**
Freitag, abends 7 1/2 Uhr **Das Postamt.**

Freie Volksbühne.
Sonnabend, abs. 7 1/2 Uhr: **Barbier v. Sevilla.**

Sehr beliebt
in allen Frauenkreisen u. in der Zeit der Kleiderknappheit besonders wertvolle Helfer sind: das **Favorit-Moden-Album,** das **Jugend-Moden-Album,** das **Favorit-Handarbeits-Album,** Preis je Mk. 5.—, postfrei Mk. 5.60 der **Internat. Schnittmanufaktur, Dresden-N. 8.**
Nach Favorit-Schnittmustern zu schneidern ist sparsam und leicht. Alles sitzt u. zeugt v. Geschmack. Besonders zu empfehlen: **Köster, Der selbstgemachte Straßenschuh.** Eine Anleitung z. Selbstherstg. von hohen Straßen- u. Halbschuhen aus Stoffresten u. Leder-Kratzsohlen, nur 1.50 Mk., postfrei 1.70 Mk.

Raucher
finden
Zigarren, Zigaretten, Tabak, Kautabak in grosser Auswahl zu äußerst billig. Preisen bei
Robert Müller, Merseburg,
Neumarkt 24

Musikinstrumente aller Art
gut und billig. Preisliste frei.
Max Dörfel,
Markneukirchen i. S. Nr. 34.

Witwe, Mitte 40er, eig. Wohnung, wünscht netten Mann kennen zwecks **Heirat** zu lernen. Offerten unter L. M. 167 an die Exped. d. Blattes.

Kaufmann sucht **möbl. Zimmer**
Off. u. A. M. 182 a. d. Exped. d. Blattes.

Möbl. Zimmer
am liebsten mit voller Pension gesucht.
Off. u. G. R. 184 an die Exped. d. Blattes.

Möbliertes Zimmer
für sofort oder später gesucht. Offerten unt. V. V. 148 an die Exped. d. Bl.

Einfach möbliertes **Zimmer** sofort gesucht.
Offerten u. Sch M. 126 a. d. Expedition d. Blattes.

Einf. möbl. Zimmer
für sofort oder später gesucht. Offerten mit Preisangabe an die Exped. d. Bl. unt. D. M. 187 erbeten.

Möbliertes Zimmer
per sofort od. später gesucht. Offerten unt. E. L. 191 an die Exped. d. Blattes.

Möbliertes Zimmer
sofort gesucht. Offert. unt. J. E. 194 an d. Geschäftsstelle dieser Zeitung erbet.

Freundlich möbliertes **Zimmer** per sofort gesucht.
Offert. unter U. V. 197 an die Exped. d. Blattes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211011-13/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 239 des Merseburger Tageblattes

Dienstag, den 11. Oktober 1921

Die Arbeitszeit der Hausgehilfen und die neuere Gesetzgebung.

Von Landgerichtsdirektor Dr. Paesch-Berlin.

Mit dem 12. November 1918 sind die alten Gesindeordnungen — darunter auch die preußische, die seit dem Jahre 1810, abgesehen von den durch das B.G.B. veranlaßten verhältnismäßig geringfügigen Aenderungen in Geltung war — ins Grab gesunken. Tränen wird man ihnen nicht nachzuweinen brauchen, denn es handelt sich bei ihnen in der Tat um überalterte Gebilde, die den neuzeitigen Anschauungen und Forderungen nicht entsprechen und auch ohne die Revolution dem Untergang geweiht waren. Seitdem leben wir nun im deutschen Reich — abgesehen von Bayern, das auf diesem Gebiet bereits Sondervorschriften erlassen hat — ohne eine Regelung der besonderen Verhältnisse des häuslichen Gesindes. Maßgebend sind zur Zeit allein die Vorschriften des B.G.B. über den Dienstvertrag, die aber — zumal das B.G.B. das Gesinderecht den Landesgesetzen vorbehielt —, diesen besonderen Verhältnissen nicht genügend Rechnung tragen und darum dringend einer Ergänzung bedürfen. Die Regierung hat deshalb im Jahre 1921 einen Entwurf veröffentlicht, der in 46 §§ die Beziehungen zwischen den Arbeitgebern und Hausgehilfen im Einzelnen regelt. Er geht dabei von der zutreffenden Anschauung aus, daß das Hausdienerverhältnis einerseits ein freies Arbeitsverhältnis darstellt, in dem sich Dienstberechtigte und Dienstverpflichteter gleichberechtigt gegenüber stehen, daß dieses Verhältnis andererseits aber auch in besonders hohem Maße ein Vertrauensverhältnis ist, das zu engen, dem Familienrecht sich nähernden Beziehungen führt. Beide Gesichtspunkte unter einen Hut zu bringen, und die oft widerstreitenden Interessen von Dienstberechtigten und Dienstverpflichteten zu einer billigen dem Sinn und Zweck des häuslichen Dienstvertrages entsprechenden Lösung zu führen, ist eine der denkbar schwierigsten Aufgaben, namentlich, wenn man berücksichtigt, wie verschieden Art und Umfang der zu leistenden häuslichen Dienste sein können, je nachdem ob es sich um eine Beschäftigung in einer Groß- oder Kleinstadt oder an einem ländlichen Ort handelt, und ob eine Tätigkeit in einem kleineren, mittleren oder großen Haushalt in Frage kommt. Schwierigster und wahrscheinlich strittigster Punkt des ganzen Entwurfes wird deshalb die Regelung der Arbeitsdauer werden. Der Entwurf macht hier einen Unterschied zwischen den in die häusliche Gemeinschaft aufgenommenen eigentlichen Hausgehilfen und denjenigen Personen, die ohne in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen zu sein, im Haushalt wie Hausgehilfen beschäftigt werden, und daher ebenfalls unter das zukünftige Gesetz fallen sollen. Bei letzteren sieht der Entwurf eine wöchentliche Maximalarbeitsleistung von 56 Stunden vor, während bei den ersteren von einer genauen Festsetzung sowohl der Arbeits- wie der Ruhezeit abgesehen und statt dessen eine regelmäßige Arbeitsbereitschaft von täglich höchstens 13 Stunden eingeführt wird, wobei diesen Hausgehilfen zur Einnahme der Mahlzeiten außerdem noch Pausen von 2 bezw. 3 Stunden, bei unter 18jährigen, zu gewähren sind. Der Entwurf lehnt damit der Hauswäsche, erledigt also kurzgesagt den größten Teil wie die bloße Festsetzung einer Mindestruhezeit ab. Ersterem wird man ohne weiteres beipflichten müssen. Die Anordnung einer 8- oder 10stündigen Arbeitsdauer ist ein Unding und widerspricht dem besonderen Charakter dieses anerkanntermaßen familienrechtlichen Beziehungen sich nähernden Dienstverhältnisses. Man bedenke nur: in gewerblichen Betrieben wird während der Arbeitszeit ununterbrochen intensive Arbeit geleistet, in der Wirtschaft wechselt dagegen leichte mit schwerer Arbeit ab, auch völlige Ruhepausen sind nicht selten, und ferner: eine Hausangestellte kocht ihr Mittagessen zu gleicher Zeit mit dem des Arbeitgebers, säubert ihr Zimmer während der Arbeitszeit, wäscht ihre Wäsche gleichzeitig mit der Hauswäsche, erledigt also kurzgesagt den größten Teil ihrer Angelegenheiten gleichzeitig mit den Haushaltungsaufgaben. Sollen nun diese Privatarbeiten, die der gewerbliche Arbeiter außerhalb des 8-Stundentages vorzunehmen hat, etwa zu Lasten der für den Haushalt vorgesehenen Arbeitszeit gehen? Wie hoch sollen sie andererseits angerechnet werden? Aber auch die 13stündige Arbeitsbereitschaft, die unterbrochen werden soll von täglichen Pausen von mindestens 2 Stunden zur Einnahme der Mahlzeiten und die der Entwurf als eine Art goldener Mittelstraße zwischen den Wünschen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer vorschlägt, wird der Eigenart des häuslichen Dienstvertrages in keiner Weise gerecht und erscheint daher nicht annehmbar. Selbst wenn die Arbeit noch so rationell eingeteilt und technisch vervollkomnet wird, läßt sich namentlich in einem aus mehreren Personen bestehenden Haushalt, in dem — heutzutage die Regel — fastsämtliche Mitglieder berufliche, und zum Teil schwergeistige oder körperliche Arbeit leisten, auch mit einer auch nach Abzug der 2stündigen Pausen auf 11 Stunden festgesetzten Arbeitsbereitschaft häufig nicht auskommen. Wieviel Haushaltungsvorstände oder Mitglieder, die zur Arbeit gezwungen sind, kommen nicht erst spät abends nach Zurücklegung eines langen Weges von der Arbeitsstelle ermüdet zurück, wenn die 11stündige Bereitschaftszeit für den Hausgehilfen, der inzwischen in den Nachmittagsstunden hat ruhen können, abgelaufen ist? Wie oft werden nicht dringliche und unaufschiebbare Arbeiten außerhalb der eigentlichen Bereitschaftszeit notwendig, die nicht etwa aus Laune oder Vergnügen des Arbeitgebers, sondern infolge bitterer Berufspflichten oder anderen ernsthaften Gründen zu leisten sind, und zu deren Vorbereitung eine Tätigkeit des Hausangestellten nötig wird? Alle diese Umstände, die sich leicht noch vermehren ließen, sprechen unbedingt gegen die Normierung der 11stündigen Arbeitsbereitschaft. Der häusliche Dienstvertrag verträgt nach seiner inneren Natur eine solche Fesselung nicht. Die Aufnahme in die häusliche Gemeinschaft, die für die Mehrzahl der Hausgehilfen und deren Eltern und Erzieher doch geradezu der Anlaß zur Wahl dieses Berufes ist, und die daher Kern und Angel der beiderseitigen Beziehungen bildet, erfordert vielmehr eine weitergehende Bereitstellung der Arbeitskraft, entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen des Haushaltes, womit keineswegs gesagt ist, daß nun etwa die wirklich geleistete Arbeit die Dauer von täglich 11 Stunden regelmäßig erreichen wird oder soll. Derjenige Hausangestellte, der zu der Ansicht kommt, daß die von ihm erwarteten und zu leistenden Dienste die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit oder dessen, was er zu leisten gewillt ist, überschreiten, mag das von ihm eingegangene Verhältnis kündigen, wofür kurze Fristen vorgesehen sind. Jedenfalls wird bis dahin seinen berechtigten Wünschen durchaus genügend Rechnung getragen, wenn gesetzlich eine Mindestruhezeit eingeführt wird. Diesen Weg haben denn auch die bayerische Verordnung und das neue österreichische Hausgehilfengesetz vom 26. Februar 20 mit bestem Erfolg beschritten. Letzteres bestimmt in § 7:

„Dem Hausgehilfen muß eine tägliche ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 9 Stunden gewährt werden, die in der Regel von 9 Uhr abends bis 6 Uhr früh zu fallen hat. Die Ruhezeit darf nur verkürzt werden, wenn dringliche unaufschiebbare Arbeiten zu verrichten sind. Haben diese Arbeiten eine erhebliche Verkürzung der Ruhezeit zur Folge, so sind sie besonders zu entlohnen. Für gestörte Nachtruhe ist am folgenden Tag eine entsprechende Schlafmöglichkeit zu gewähren."

Diese Regelung wird allein dem inneren Wesen des häuslichen Dienstvertrages gerecht und berücksichtigt im vollsten Maße die sicherlich begründeten Wünsche der Hausgehilfen auf Gesundung und Hebung ihres Berufs.

Politische Rundschau

Admiral Scheer und die Jugend.

Auf einem dieser Tage in Essen stattgefundenen Treffen der westfälischen und rheinischen Gruppen des Jungnationalen Bundes hielt Admiral Scheer eine Rede, in der er ausführte: „Wenn ich mich frage, was Euch als Jugend heute vorschweben könnte und sollte, so kann es doch stets nur das eine sein, aus der Schmach und dem Zwang herauszukommen, unter dem unser Vaterland heute steht. Es geht wieder um die deutsche Freiheit wie vor 100 Jahren, wo die Befreiungskriege uns von der Franzosenherrschaft ledig machten. Damals wurde freilich nur die äußere Unabhängigkeit erkämpft. Im Kampfe um die innere Freiheit entstand die erste deutsche Jugendbewegung: die Burschenschaft. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde diese innere Freiheit dann auch gewährt. Es ist die überragende Bedeutung Bismarcks, daß in ihm sich die Idee mit der Tat verbündete. Jetzt wurde das große Ziel erreicht, das man sich gesteckt hatte, und es entstand das deutsche Kaiserreich. Ein Gedanke, der das Leben eines Volkes gestalten soll, muß aber auch für jeden einzelnen ein Lebensbedürfnis aller persönlichster Art sein, ohne dessen Erfüllung er nicht mehr leben kann. Nur aus einer solchen aus dem Volk emporwachsenden Gesinnung vermag unser Staat festzustehen und die Sehnsucht unseres Volkes erfüllen, die Wiedererlangung einer geachteten Weltstellung. Dazu ist notwendig, daß jeder einzelne sich der Pflichten bewußt wird, die er als Teil des Volksganzen hat. Wie fremd unserem Volke die Begriffe, wie Pazifismus, Internationalismus usw. sind, geht schon daraus hervor, daß wir keine rechten deutschen Bezeichnungen dafür haben. Sie sind trügerische Schleier, die über unsere wirkliche Lage gebreitet werden: daß wir ein im Frondienst arbeitendes Volk sind, dessen heutige Weltstellung sich nur auf die Sklavenarbeit für andere gründet. Wie ändern wir dies aber? Die völkisch nationale Erneuerung, derer wir bedürfen, kommt nur durch die

Arbeit an uns selbst.

Wir müssen wieder Selbstbewußtsein bekommen, wir müssen stolz darauf sein, Deutsche zu sein. Ebenso wichtig ist aber, daß die Jugend aller Richtungen lernt, sich zusammenzufinden zur Ueberwindung der Parteileidenschaften. Jenseits des tagespolitischen Kampfes muß es in der Jugend, in der heute in allen Lagern der Wille zu einer neuen Zeit lebendig ist, möglich sein, neue gemeinschaftliche Formen unseres völkischen und staatlichen Lebens zu finden. Das eine Ziel müssen wir immer im Auge behalten, ein einiges Volk von Brüdern zu werden."

Die Finanzlage der Reichshauptstadt.

Von deutschnationaler Seite ist in dem Kampfe gegen die sozialistische Herrschaft in Berlin stets auf die überaus mißliche Finanzlage hingewiesen, in die die Reichshauptstadt unter der roten Wirtschaft immer tiefer hineingerät. Das hat auf der Linken verschiedentlich zu wahren Wutausbrüchen geführt, man hat den Deutschnationalen vorgeworfen, daß sie durch wahrheitswidrige Behauptungen die Stadt Berlin auf das schwerste schädigten. Wie es in Wirklichkeit mit den Berliner Finanzen aussieht, ergibt sich aus Erklärungen, zu denen sich Stadtkämmerer Karding in der Stadtverordnetenversammlung am 8. Oktober, wie er selbst betonte, „genötigt" sah, Erklärungen „von denen es ihm lieber wäre, wenn sie nicht gemacht zu werden brauchten". Unter steigender Bewegung der Versammlung führte er aus: „Die Finanzlage der Stadt Berlin verträgt derartige Experimente nicht, daß eine Deckungsvorlage (für neue Lohn- und Gehaltserhöhungen) hinausgeschoben wird, nur weil sie im Augenblick unbequem ist. Die Stadt kann es nicht mehr vertragen, noch auf Wochen ohne Deckung zu bleiben. Als vor einigen Wochen sich der Verdacht erhob, die Stadtverordnetenversammlung entziehe sich der Deckung für die bewilligten Mehrausgaben, hat sich sofort der Kredit der Stadt vermindert, es wurde nicht nur schwieriger, den Tageskredit zu decken, sondern es wurden auch in erheblichem und sehr fühlbarem Umfange uns Darlehen gekündigt. (Hört! hört! Große Bewegung.) Wenn heute die Stadtverordnetenversammlung sich der Deckung für die Mehrausgaben entziehen sollte, dann kann ich nicht versprechen, in diesem Vierteljahr den Verpflichtungen nachzukommen. (Andauernde große Bewegung.) — Was unter solchen Umständen ein Privatgeschäftsmann zu tun hätte, braucht nicht gesagt zu werden.

Kartoffelnot und Eisenbahnfiskalismus.

Der Westen Deutschlands benötigt stets große Zufuhren von Speisekartoffeln. Seine Nöte in dieser Hinsicht sind allgemein bekannt: gesteigert sind solche infolge der großen Dürre. Und nun kommen von unberufenen Stellen und Behörden, welch letztere sich doch mit ihren Kollegialstellen bezw. deren Angehörigen solidarisch fühlen und für deren Versorgung das rechte Verständnis haben müßten, allerart Hemmnisse. Die Empfängerkreise im Rheinlande beklagen sich bitter über An-

---

Unter flascher Flagge.

Roman von M. With.

(Nachdruck verboten.)

Es war seltsam genug, daß Volkhardt die lange Rede angehört hatte, ohne die Baronin auch nur ein einziges Mal zu unterbrechen. Er, der sonst nicht den leisesten Widerspruch duldete und jedes unbequeme Wort durch eine heftige Entgegnung abzuschneiden pflegte, stand wie aus Stein gehauen da und verwandte keinen Blick von der Baronin, während seine Lippen fest zusammengepreßt waren. Vielleicht war diese schöne, elegante Frau das erste menschliche Wesen, das ihm wirklich zu imponieren gewußt hatte, und demgegenüber er sich, für den Augenblick wenigstens, machtlos fühlte.

Erst nachdem ihren letzten Worten ein längeres Schweigen gefolgt war, fragte er:

„Ist das alles, was Sie mir zu sagen wissen? Oder haben Sie sonst noch etwas in Bereitschaft?"

„Nein, es ist alles! Sie haben die Wahl zwischen Krieg und Frieden. Wenn Sie darauf beharren, meinen Gatten und mich zugrunde zu richten, so werden Sie sich nicht wundern dürfen, daß wir Ihnen die Maske des Ehrenmannes vom Gesicht reißen und Sie der Welt als das zeigen, was Sie in Wahrheit sind. Bis dahin werde ich schweigen. Ich bin Ihrer Tochter Gerda aufrichtig zugetan und werde um ihretwillen Rücksicht üben, solange es eben möglich ist. Es würde mir sehr schmerzlich sein, die Kleine unglücklich zu sehen. Und sie würde ohne Zweifel sehr unglücklich sein in demselben Augenblick, wo Herbert von Malzyn durch die Kenntnis Ihres wahren Charakters und Ihrer wahren Persönlichkeit zu Ihrem unversöhnlichen und unerbittlichen Todfeinde werden müßte."

In der nächsten Sekunde warf Paul Volkhardt die Tür des Salons krachend hinter sich zu. Er hatte der Baronin keine Antwort mehr gegeben, und sie hatte ebensowenig einen Versuch gemacht, ihn zurückzuhalten. Gerda aber, die noch immer, am ganzen Leibe zitternd, draußen auf der Terrasse stand, wo ihr nicht eine Silbe des drinnen geführten Gespräches entgangen war, hatte in ihrem maßlosen Entsetzen keine andere Empfindung als die, daß sie auf der Stelle von hier fort müsse. Denn wenn jetzt Edith gekommen wäre, hätte sie ihr unmöglich verheimlichen können, was in ihrem Innern vorging. Und ebensowenig wie der Freundin konnte sie in ihrem gegenwärtigen Gemütszustande der Baronin gegenübertreten. Sie zürnte ihr nicht; aber sie fühlte sich auch nicht stark genug, ihr gerade jetzt mit erheuchelter Freundlichkeit und Unbefangenheit ins Gesicht zu blicken. Die Erwähnung Malzyns hatte ihr die eigene Zukunft in einem so trostlosen Lichte gezeigt, daß sie am liebsten aufs Geratewohl in die Welt hineingelaufen wäre, nur um keinen von den Menschen ihrer bisherigen Umgebung jemals wiedersehen zu müssen.

Aber ein so abenteuerlicher Fluchtplan war selbstverständlich unausführbar, und sie dachte ja auch gar nicht im Ernst daran, ihn auszuführen. Langsam und auf einem großen Umwege kehrte sie nach Buchwalde zurück. Der Kopf schmerzte sie zum Zerspringen, und sie fühlte sich in kurzen Zwischenräumen wie von Fieberschauern geschüttelt.

Aber ihre Gedanken arbeiteten nichtsdestoweniger unabläßig, und die Betrachtungen, die sie hinsichtlich ihrer Zukunft anstellte, liefen immer wieder auf die eine unerbittlich grausame Notwendigkeit hinaus, daß es ihre Pflicht sei, die Beziehungen zu Herbert von Malzyn zu lösen, wie Angela seinerzeit ihre Beziehungen zu Rolf Ristow gelöst hatte. Freilich — welchen Grund sollte sie ihm dafür angeben? Würde er ihr Glauben schenken, wenn sie einfach sagte, daß sie ihre Gesinnung geändert habe, daß sie in einer Selbsttäuschung befangen gewesen sei, als sie ihn zu lieben geglaubt? Würde er nicht beharrlich in sie dringen, um die wahre Ursache ihrer Absage zu erfahren? Und würde es ihm nicht doch gelingen, die Wahrheit herauszubringen?

Von der Baronin drohte wohl kaum ein Verrat. Sie hatte ja gesagt, daß sie schweigen würde, sofern man sie nicht zum Reden zwänge. Und sie kannte ihren Vater zur Genüge, um sich zu sagen, daß er es darauf sicherlich nicht ankommen lassen werde. Seine Eitelkeit und sein brennender Ehrgeiz, eine Rolle in der Gesellschaft zu spielen, würden ihn abhalten, die verzweifelte Gegenwehr der Wallbergs herauszufordern, und er würde alles aufbieten, mit ihnen im Frieden zu bleiben. Ohne Not aber würde Blanche Wallberg nichts gegen ihn unternehmen. Die Freundlichkeit, die sie Gerda gezeigt hatte, obwohl sie das Geheimnis ihres Vaters durchschaut hatte, war ja der beste Beweis dafür, daß sie es nicht auf die Bloßstellung der Familie Volkhardt abgesehen hatte. Gerda begriff jetzt, daß sie sich gesträubt hatte, sie auf Schloß Hochstein einzuführen, und sie war weit davon entfernt, ihr deshalb zu zürnen. Ja, sie rechnete ihr die warmherzige Liebenswürdigkeit, mit der sie von ihr behandelt worden war, jetzt nur um so höher an und war von aufrichtiger Dankbarkeit gegen sie erfüllt.

Angela, die sich schon für das Diner angekleidet hatte, erschrak heftig, als sie die Schwester ins Zimmer treten sah. In größter Besorgnis eilte sie auf sie zu:

„Um des Himmels willen, Liebste, was ist dir geschehen?" rief sie. „Du siehst ja aus, als ob dir am hellen Tage ein Gespenst begegnet wäre! Bist du denn krank? Soll ich nach dem Arzte schicken?"

Aber Gerda schüttelte den Kopf.

„Mir kann kein Arzt helfen, Angela, so wenig er dir helfen konnte. Ja, es ist, wie du sagst: ich habe am hellichten Tage ein Gespenst gesehen — das Gespenst der Schmach und der Schande. Das Gespenst hatte auch eine Stimme, und willst du wissen, wessen Stimme es gewesen ist? Die des Wucherers und Blutsaugers Paul Creter!"

Um Angelas Lippen zuckte es wie in tiefschmerzlichem Mitleid. Sanft legte sie den Arm um die Schultern der Schwester und zog sie neben sich auf das Sofa nieder.

„Mein armes, geliebtes Kind!" flüsterte sie. „Arme kleine Gerda! So ist die schreckliche Wahrheit denn auch dir offenbart worden? Und ich hatte gehofft, sie würde immer ein Geheimnis für dich bleiben!"

„Es ist kein Geheimnis mehr — nicht mehr für mich und nicht für andere! Die Baronin Wallberg weiß es, und sie hat es, wie es scheint, bereits gewußt, als sie zum erstenmal hierherkam. Die Freundlichkeiten, die sie uns trotzdem erwiesen hat, bedeuten eine beinahe unbegreifliche Großmut! Wer weiß aber, ob sie die einzige ist, vor der sich der Schleier gelüftet hat? Wer weiß, wie viele bereits von der Doppelexistenz unseres Vaters wissen? Möglicherweise war ich hier die einzige, die sich in Unkenntnis befand!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211011-13/fragment/page=0005

Die Sitzung der Stadtverordneten.

Gestern Abend 6 Uhr fand im alten Rathause eine Sitzung der Stadtverordneten statt.

Bevor Stadtv.-Vorsteher Junker die Sitzung eröffnet, gedenkt er mit zu Herzen gehenden Worten der Opfer des Oppauer Explosionsunglücks. Die Versammlung ehrt die Toten durch ein Erheben von den Plätzen.

Darauf wird ein neuer Stadtverordneter eingeführt, vom 1. Bürgermeister durch Handschlag vereidigt und vom Stadtv.-Vorsteher ermahnt, über die Parteipolitik das Wohl der Stadt zu stellen. Weiter gibt der Vorsteher bekannt, daß ein Bericht über den letzten deutschen Städtetag zur Einsicht ausläge. Ferner teilt er mit, daß der Magistrat seinen schon bewilligten Antrag zwecks Regulierung der Mieten in den Baracken zurückgezogen habe und wie vorher in den Baracken an der Weißenfelserstraße 6 M und in den Baracken an der Weißen Mauer 7 M pro Quadratmeter Wohnraum verlange. Alsdann tritt man in die Tagesordnung ein.

Punkt 1: Die Einführung eines Stadtverordneten war schon, wie oben erwähnt, erledigt.

Punkt 2: 37 Miethäuser der Stadt werden mit einem Prämiensatz von 610,50 M versichert.

Punkt 3: Stadtv. Stieberitz (Dn.) berichtet über die Nachbewilligung beim Haushalt 1919 des städt. Krankenhauses. 123 021,50 M Mehrausgaben durch Erhöhung der Gehälter, Versicherungen usw. werden genehmigt.

Punkt 4 und 5: Die vom Magistrat vorgeschlagenen Erhöhungen der Entschädigungen der Hausmeister der städt. Schulen und des Hausmeisters in der Turnhalle an der Brauhausstraße werden bewilligt.

Punkt 6: Ueber die Bereitstellung von Geldmitteln für die Kleinrentner berichtet Stadtv. Erlecke (D. Vpt.) und empfiehlt den Magistratsantrag anzunehmen. Er schildert in beredten Worten die außerordentlich große Not der Kleinrentner unserer Stadt, von denen ¾ ein Einkommen unter 4000 M jährlich haben. Stadtv. Grimm (Dem.) erklärt sich mit den vom Magistrat bewilligten Unterstützungen in Höhe von 5000 M nicht einverstanden und verlangt die Summe von 20 000 M, will aber auch alle Arbeitsunfähigen und Rentenempfänger mit unterstützt wissen. Stadtv. Bothe (Dn.) ist auch für die vorgeschlagene Summe. Stadtrat Bessert erklärt, daß auf Treiben der Städte das Reich in kurzer Zeit eine Hilfsaktion für die Bedürftigen unternehmen werde. Von den Kunsteulen unserer Stadt seien schon in dankenswerter Weise den Kleinrentnern beim Einkauf von Waren Vorteile gewährt worden. Ferner würden von Landwirten in kürzester Zeit den Kleinrentnern Kartoffeln zum Preise von 30 M pro Zentner zur Verfügung gestellt werden. Stadtv. Koenen (Komm.) greift sofort den von demokratischer Seite angeregten Plan, nicht nur Kleinrentner zu unterstützen, auf und beantragt, alle, die Not leiden, zu unterstützen. Ihm entgegnet der 1. Bürgermeister, daß aus Gemeindemitteln die Stadt nur in schwerster Not helfen könne. Die Stadt will mit dieser Vorlage noch über das, was der Staat an Unterstützung geben wolle, hinausgehen. Er bittet jedoch, die Unterstützungssumme auf höchstens 10 000 M zu erhöhen, da nur ein Fond von 30 000 M vorhanden sei und 10 000 M nur die halbjährige Unterstützung ausmachen solle. Er weist ferner darauf hin, daß ja auch die Armenpflege die Not noch lindere. Stadtv. Erlecke (D. Vpt.) bittet darum, daß das Wohnungsamt Kleinrentnern, die in der Lage sind, möblierte Zimmer zu vermieten, diese Verdienstmöglichkeit lassen solle. Stadtrat Bessert erklärt, daß diese Frage bei der großen Wohnungsnot sehr schwierig sei. Stadtv. Koenen (Komm.) beantragt nun, man solle für alle, die in Not sind, 20 000 M zu Unterstützungen und 50 000 M zu Darlehnszwecken bewilligen. Der 1. Bürgermeister bittet jedoch, den Antrag in der vom Magistrat eingebrachten Form zu bewilligen. Die Rentenempfänger würden von der Stadt mit anderen Mitteln sowieso unterstützt. Dem Wohlfahrtsamt solle es jedoch überlassen bleiben, auch anderen Bedürftigen als Kleinrentnern zu helfen. Stadtv. Richter (Komm.) spricht sich für Antrag Koenen aus. Auf den Vorwurf des 1. Bürgermeisters, daß im Antrag Koenen eine versteckte Ablehnung liege, antwortet Stadtv. Koenen (Komm.), daß dies nicht der Fall sei, er wolle sogar noch über den Magistratsantrag hinausgehen. Der Antrag Koenen, über den man nun abstimmt, wird abgelehnt. Der Magistratsantrag, 10 000 M zur Unterstützung und 50 000 M als Darlehen für Kleinrentner zu bewilligen, wird angenommen.

Punkt 7: Ueber die Erschließung des früher Glaßschen Planes berichtet Stadtv. Elschner (Dem.) und befürwortet den Antrag. Dagegen spricht sich sein Fraktionskollege Stadtv. Grimm aus. Ihm wird aber von allen Seiten bedeutet, daß es wichtiger für unsere Stadt sei, Wohnungen zu bauen, als sich für die paar Gärtner, die jetzt dort ihren Kohl bauen, einzusetzen; diesen soll ja außerdem auch Land an einer anderen Stelle angewiesen werden. Der Antrag wird angenommen.

Punkt 8: Der Beschluß des Magistrats über die Verpachtung eines Teiles vom früher Schmidtschen Plan wird genehmigt.

Punkt 9: Ueber das Oppauer Unglück und seine Folgen berichtet Stadtv. Daniel (USP.). Er schildert in längeren Ausführungen das namenlose Elend, das die Unglücklichen betroffen hat. Von allen Seiten wird angeregt, eine größere Summe als die angesetzten 3000 M zu bewilligen. Der 1. Bürgermeister weist jedoch darauf hin, daß diese Summe für Merseburg im Verhältnis zu anderen Städten genügend sei. Man dürfe nicht seinem Herzen folgen, sondern müsse den Verstand walten lassen. So wird der Antrag des Magistrats angenommen.

Punkt 10: Für die Beschaffung eines Schrankes für die Neumarktschule werden 1200 M bewilligt.

Punkt 11: Für eine Aenderung der Lichtanlage und für verschiedene Beschaffungen für die Turnhalle in der Brauhausstraße werden 2000 M bewilligt.

Punkt 12: Für die Errichtung elektrischer Beleuchtung in der Aula der Mittelschule wird die erforderliche Summe von 1250 M bewilligt. Von kommunistischer Seite beschwert man sich, daß es ihnen abgeschlagen worden ist, in den Schulen Vorträge zu halten. Stadtrat Bessert entgegnet, daß keiner Partei hierzu die Erlaubnis gegeben würde.

Punkt 13: Die Anerkennungsgebühren für die Aufstellung von Masten werden genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Anschließend teilt der Stadtv.-Vorsteher mit, daß Stadtrat Tänzer in dankenswerter Weise anläßlich seiner Silberhochzeit eine Stiftung von 10 000 M gemacht hätte. Die Stiftung soll „Karl und Margarete Tänzer-Stiftung" heißen. Die Zinsen von 5000 Mark sollen für das hiesige Krankenhaus bestimmt sein, die Zinsen der 2. 5000 M sollen der Säuglingspflege zugute kommen. Sollte das Krankenhaus eingehen, so sollen die Zinsen für die Säuglingsfürsorge bestimmt sein. Auch die Schenkungsstempelkosten hat Stadtrat Tänzer übernommen.

Dankbar nimmt die Stadtv.-Versammlung die Stiftung an.

Weiterhin bittet der Stadtv.-Vorsteher die Gastwirte in dem Punkte richtig zu orientieren, daß nicht von der Engelhardt-Brauerei der Anstoß zum Bau des Gemeinschaftsbahnhofes gegeben sei.

Dann kommt noch ein alter Mangel unserer Stadt, die schlechte Beleuchtung, zur Sprache. Die Wünsche der Stadtv. sollen der Deputation vorgetragen werden.

Zuletzt teilt Stadtv. Daniel (USP.) mit, daß bei ihm Beschwerden über die angeblich schlechte Verpflegung im städt. Krankenhaus eingegangen seien. Stadtv.-Vorsteher Junker und Stadtv. Fiedler (Komm.) können jedoch den Beschwerden nicht recht geben, da sie selbst die Kost nachgeprüft haben und für ausreichend befunden haben.

Hierauf wurde die Versammlung um ½9 Uhr geschlossen. Eine geheime Sitzung schloß sich an.

---

ordnungen der Bahnstellen, daß diese für Kartoffeln nach dem besetzten Gebiet keine Waggons stellen wollen und trotz Zollfreiheit Bescheinigungen von der Zollbehörde für Einfuhrerlaubnis beizubringen seien.

Andere Klagen kommen aus Ostpreußen. Die Landwirte können ihre Kartoffeln nicht los werden; die Landarbeiter verzichten auf ihre Deputatkartoffeln. Um die Kartoffeln nicht verderben zu lassen, gibt sie die Landwirtschaft a. T. unter den Erzeugungskosten ab. Der Grund für diese Erscheinung sind die hohen Transportkosten, die für Ostpreußen ungleich schwerer ins Gewicht fallen, als sonst im Reich; betragen doch die Entfernungen über 100 Km. In der Voraussicht dieser Schwierigkeiten hatte die Landwirtschaft beim Reichsverkehrsministerium Ausnahmetarife für Kartoffelsendungen, insbesondere aus Ostpreußen, und Berechnung der Frachten über 700 Km. nach dem Vorbild der Kriegszeit für 700 Km. beantragt. Diese Anträge sind aleich der Mehrzahl anderer Vorschläge der Landwirtschaft auf der 125. Sitzung der ständigen Tarifkommission abgelehnt worden, weil sie nicht dem Verbraucher unmittelbar zugute kommen, sondern mehr im Interesse der Hebung und Förderung der Landwirtschaft lägen, die nicht in Frage stehe! Wohl ist eine Verbilligung für Kartoffeln als Stückgut zugestanden; das kommt aber für Ostpreußen nicht in Betracht.

Der Hauptausschuß des Landtages

beendete die Vorberatung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung. Angenommen wurden u. a. Anträge auf Ausbau von Licht-, Kraft- und Wasserversorgung sowie Förderung des Verkehrswesens zur Beförderung der landwirtschaftlichen Produkte, auf Zuführung der notwendigen Arbeitskräfte für die Landwirtschaftsbetriebe durch Schaffung von zureichenden Wohnungen, Gewährung auskömmlicher Löhne, Ausbau des Volksbildungswesens, auf Beschaffung und Verteilung von Sämereien für die Winter- und Frühjahrssaat, auf planmäßige Förderung der Saatgutwirtschaft zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, hauptsächlich in den kleineren und mittleren Betrieben, auf schleunige Vorlegung eines Gesetzes zur Einführung der obligatorischen Fortbildungsschulpflicht für die in der Landwirtschaft beschäftigten Jugendlichen, auf schleunige Aufbringung der Getreideumlage und Sicherstellung der Brotversorgung bis zur nächsten Ernte, Unterbindung der Ausfuhr von Lebens- und Futtermitteln unter Festsetzung von Zuchthausstrafen, ferner auf nachdrückliche Verfolgung der Lebensmittelwucherer und -Verschieber, auf Vorlegung eines Entwurfes weiter Errichtung eines milchwirtschaftlichen Instituts, auf Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Zucker, auf Unterstützung der Verarbeitung von Vollmilch zu Trockenpräparaten zwecks Sicherstellung der Milch- und Butterversorgung.

Polnische Bergarbeiter in Deutschland.

Wie unser Berliner Vertreter aus den Industriebezirken des Westens erfährt, werden den dortigen Bergwerken zum großen Teil polnische Bergarbeiter eingestellt, weil tatsächlich ein großer Mangel an gelernten, deutschen Bergarbeitern besteht. Es besteht eine große Gefahr in der Verbrüderung dieser polnischen Arbeiter mit den Franzosen, die ihre Stellungen dazu benutzen, ihre politischen Ziele zur Ausführung zu bringen. In Bergwerkskreisen ist man bemüht, diesem Uebelstand nach Möglichkeit abzuhelfen, indem es deutschen Arbeitern durch sachliche Ausbildung gern ermöglicht wird, in das Bergarbeiterfach hineinzukommen.

Vom deutschen Eigentum in China.

Demnächst soll mit der Rückgabe des deutschen Eigentums in China begonnen werden, wie das nach dem deutsch-chinesischen Friedensvertrag ausbedungen ist. Ein großer Teil der Eigentümer und Besitzer befindet sich natürlich zurzeit in Deutschland oder Europa und hat keine Vertreter in China bestellt. Es ergeht also die Aufforderung an alle diese Personen, schleunigst einen bevollmächtigten Vertreter in China zu ernennen, der das Eigentum in Empfang nehmen und entweder verwahren oder verwerten kann. Die deutschen Konsulatsdienststellen in Schanghai, Tientsin und Hankau stellen direkt über die Ernennung und die Persönlichkeit solcher bevollmächtigten Vertreter unterrichtet werden. Im Zweifelsfalle können derartige Mitteilungen auch direkt nach Peking an die Gesandtschaft gerichtet werden. Bei eintretender Verzögerung werden die deutschen Konsulatsbehörden die Bestellung eines Vertreters für Rechnung und Gefahr des Eigentümers selbst vornehmen.

Reisepässen der Saarregierung.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei des Saargebietes hatte in einer öffentlichen Versammlung in Saarbrücken behauptet, daß die aus fünf Köpfen bestehende Delegation, die mit der deutschen Regierung in Berlin zehntägige Verhandlungen geführt hatte, 150 000 M für diese Reise liquidiert und außerdem noch eine Nachforderung eingereicht habe. Die Regierungskommission läßt nun durch das Saarbrücker D. A.-Büro eine Erklärung verbreiten, nach welcher diese Behauptung des Stadtverordneten Schäfer „eine tiefbedauerliche Irreführung der öffentlichen Meinung darstelle. In Wirklichkeit sei noch nicht ein Drittel der von dem Stadtverordneten Schäfer genannten Summe von 150 000 M an Markbeträgen liquidiert worden. Die Auslagen in Frank, deren Ersatz weiter beansprucht wurde, betragen rund 1370 Frank.

Die Saarbrücker „Volksstimme" sagt zu der Erklärung der Regierungskommission:

„Also: im Wirklichkeit ist noch nicht ein Drittel der von dem Stadtverordneten Schäfer genannten Summe von 150 000 M an Mark beträgen liquidiert worden". „Ein Drittel der Summe von 150 000 M ist in Mark liquidiert und erhoben worden, die anderen zwei Drittel wohl in Frankenbeträgen? Anders ist dieser Satz der Berichtigung doch nicht zu verstehen. Im übrigen wird unser Genosse Schäfer, der zurzeit abwesend, zu dieser Berichtigung Stellung nehmen."

Aus Provinz und Reich

Ein Vorstoß gegen Landrat v. Mettenheim.

† Eisleben, 10. Okt. Die Kommunisten und Unabhängigen benutzten in der letzten Sitzung des Kreistages des Mansfelder Seekreises bei der Beratung des Etats die Gelegenheit, um den hier seit 1916 amtierenden Landrat Dr. v. Mettenheim wegen seiner „monarchischen Gesinnung" ihr Mißtrauen auszusprechen. Landrat v. Mettenheim gilt allgemein als ein tüchtiger Verwaltungsbeamter und war sogar zeitweilig bei den Kommunisten gut angeschrieben. Anscheinend will man jetzt aber einem Genossen den Landratsposten verschaffen. Jedenfalls wurde von den Kommunisten und Unabhängigen der Etat mit dem Hinweise auf das „stockreaktionäre Verhalten des Landrats" abgelehnt. Die Sitzung des Kreistages wurde daraufhin vertagt.

Das englische Militärtuch der Sicherheitswehr.

† Köln, 10. Okt. In der nächsten Woche beginnt vor der Kölner Strafkammer der Prozeß Wahl und Genossen wegen Preiswucherns, Kettenhandels und Kapitalverschiebung. Bei der Uniformierung der preußischen Sicherheitswehr im Jahre 1919 wurden große Mengen Tuches benötigt. Dieses Tuch wurde aber nicht von der deutschen Tuchindustrie bezogen, sondern aus englischen Militärtuch-Vorräten gedeckt. Es wurden 700 000 Meter Tuch im Gesamtwerte von 137 Millionen Mark in England gekauft und in zwei Schiffsladungen nach Deutschland transportiert. Das Tuch wurde in zwei Lieferungen gekauft. Das erste Geschäft wurde in englischer Währung zum Preise von 270 M bezogen, beim zweiten Geschäft hat sich das Ministerium des Innern die englische Währung selbst beschafft, und es wurden 200 M für das Meter bezahlt. Die Staatsanwaltschaft hat ausgerechnet, daß bei diesen Geschäften einschließlich des Valutagewinnes nach Deckung sämtlicher Spesen für die Beteiligten ein Reingewinn von 61 Millionen Mark übrig geblieben ist und daß der preußische Staat etwa 25 Millionen Mark zuviel bezahlt hat. Die Hauptbeschuldigten sind: Ingenieur Wahl und Frau, Kaufmann Cleland, Kaufmann Henscher, der ein Vetter des Ministers Severing ist und der bei den Geschäften auch als Vetter des Ministers aufgetreten sein soll, Ingenieur Torbeck, Kaufmann Schneider, Oberstleutnant Esche. Außerdem sind noch einige Personen, die bei der Vermittlung der Geschäfte beteiligt waren, angeklagt. Unter den Zeugen befinden sich die Minister Severing und Freund, Geheimrat Priesdorff und zahlreiche Beamte des Ministeriums des Innern und des Polizeipräsidiums.

Turnen, Spiel und Sport

Ein Merseburger erfolgreich bei der Automobilreichsfahrt 1921

Zu einem beachtenswerten Erfolg brachte es am vergangenen Sonntag ein Kind unserer Stadt, der noch jugendliche Automobilführer Siegfrid Hetzer, der anläßlich der Reichsfahrt bei dem Flachrennen bei Heidelberg und dem Bergrennen auf dem Königstuhl als erster Sieger für dreisitzige Fahrzeuge mit Beiwagen hervorging. Dem Sieger, der gestern nachmittag lorbeergeschmückt unsere Stadt auf der Rückfahrt passierte, auch an dieser Stelle unseren herzlichen Glückwunsch!

*

Die erste Klasse im Saalegau.

Obwohl die erste Klasse des Saalegaues durch die Absetzung der beiden Begegnungen Komet — Brunzen-Merseburg und Halle 1910 — Reidebura wieder einmal starke Streichungen im Spielprogramm hatte erfahren müssen, war der Sonntag für den Tabellenstand nichts destoweniger interessant; sowohl am Anfang wie am Ende der Reihenfolge gab es je eine wichtige Entscheidung. Die führenden Sportbrüder Halle ließen sich von Ammendorf mit 2:1 die Punkte abnehmen, versuchen allerdings ihr Glück mit einem Protest, und Nietleben holte sich den ersten Sieg mit 2:0 von der Sportvereinigung Halle, so daß jetzt jeder Verein ein Komis Pluspunkte und — bis auf den noch immer ungeschlagenen Sportverein 99 Merseburg — auch Minuspunkte aufzuweisen hat. Im Hallescher erstklassigen Derby kämpfte Olympia Eintracht knapp 1:0 nieder. Die Reihenfolge der Mannschaften ist demnach folgende in der Tabelle:

1. Klasse	Gespielt	Gewonnen	Unentschieden	verloren	Tore	Pkte. +	Pkte. −
Sportbrüder-Halle	6	4	1	1	14 : 7	9	[illegible]
Ammendorf 1910	6	4	1	1	9 : 6	9	[illegible]
Sportverein 99-Merseburg	4	3	1	—	16 : 3	8	—
Halle 1910	5	3	—	2	10 : 7	6	4
Komet-Halle	5	2	1	2	13 : 9	5	5
B. C. Preußen-Merseburg	5	2	—	3	12 : 14	4	6
Olympia-Halle	4	1	2	1	7 : 7	4	4
Eintracht-Halle	5	2	—	3	6 : 9	4	6
Wiß-Reideburg	4	1	—	3	8 : 15	2	6
Sp.-V. Nietleben	6	1	—	5	5 : 15	2	10
Sp.-Vereinigung-Halle	4	—	1	2	6 : 12	1	7

Die zweite Klasse im Saalegau.

Nur noch wenige Vereine kämpfen in diesem Jahre in der zweiten Klasse des Saalegaues, da Cönnern seine Mannschaft zurückzog und Crumpa sowie A. K. W. Mücheln Vereinigungen mit anderen Vereinen des Gesellcicles eingingen. Die Verbandsspiele zwischen den sechs Mannschaften sind bereits bis auf zwei Spiele erledigt. Die erste Stelle hält zurzeit Vorwärts Köthschen mit nur einem Verlustpunkt, zur Spitzengruppe schließen dann noch Wacker Zörbig und Germania Merseburg dicht auf. Am Schluß der Tabelle steht Turn und Sportverein Neuröffen, dem durch Nichtberechtigung einzelner Spieler sämtliche gewonnenen Punkte gestrichen wurden. Das Tabellenbild ist nach dem letzten Sonntag folgendes:

2. Klasse	Gespielt	Gewonnen	Unentschieden	verloren	Tore	Pkte +	Pkte −
Vorwärts-Köthschen	4	3	1	—	9 : 5	7	1
Wacker-Zörbig	5	3	1	1	17 : 8	7	3
Germania-Merseburg	4	3	—	1	10 : 2	6	2
Sportring-Mücheln	4	2	—	2	8 : 8	4	4
Spielv. 1919-Neumark	4	1	—	3	2 : 16	2	6
TuSpV-Neuröffen	5	0	—	5	7 : 9	0	10

Verantwortliche Redaktion: Politik, örtl. und prov. Teil: Dr. Hahlo. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: H. Balß. Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balß, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211011-13/fragment/page=0006